



Generalversammlung Wirtschafts- und Sozialrat

Verteilung: Allgemein
29. April 2025

Deutsch
Original: Englisch

Generalversammlung

Achtzigste Tagung

Punkt 18 der provisorischen Liste *

Nachhaltige Entwicklung

Wirtschafts- und Sozialrat

Tagung 2025

25. Juli 2024 – 30. Juli 2025

Tagesordnungspunkt 6

Unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats einberufenes hochrangiges politisches Forum über nachhaltige Entwicklung

Fortschritte bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung

Bericht des Generalsekretärs**

Zusammenfassung

Im Einklang mit der Resolution [70/1](#) der Generalversammlung wird in diesem Bericht ein globaler Überblick über die Fortschritte bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung seit 2015 unter Nutzung von Beiträgen von mehr als 50 internationalen und regionalen Organisationen gegeben. Die darin enthaltenen Daten wurden aus Indikatoren des Rahmens globaler Indikatoren abgeleitet, der von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung erarbeitet und am 6. Juli 2017 von der Versammlung angenommen wurde (siehe Versammlungsresolution [71/313](#), Anlage).

* [A/80/50](#)

** Dieser Bericht wurde dem Konferenzdienst aus technischen Gründen, die sich der Kontrolle der erreichenden Stelle entzogen, nach Ablauf der Frist zur Bearbeitung vorgelegt.



I. Einleitung

1. Dieser Bericht bietet einen globalen Überblick über die Fortschritte, die in den zehn Jahren seit der Annahme der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2015 erzielt wurden, und zeigt Bereiche auf, in denen entschlossenes Handeln erforderlich ist, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung („Nachhaltigkeitsziele“) bis 2030 zu erreichen. Den verfügbaren Daten zufolge liegt die Welt bei 35 Prozent der 137 Zielvorgaben der Nachhaltigkeitsziele auf Kurs oder verzeichnet mäßige Fortschritte. Bei 47 Prozent der Zielvorgaben sind die Fortschritte unzureichend, und bei 18 Prozent sind Rückschritte gegenüber dem Basisjahr 2015 zu erkennen. In Anbetracht dessen, dass bis 2030 nur noch fünf Jahre verbleiben, ist es dringend notwendig, verstärkte Anstrengungen zur Umkehrung dieser Trends zu unternehmen, wie in diesen Bericht bekräftigt wird.

2. Wenngleich die bisherigen Fortschritte bei mehreren Zielen ungleichmäßig und begrenzt sind, lassen bemerkenswerte Erfolge über Regionen und Länder hinweg erkennen, dass ein Wandel möglich ist. Seit 2015 ist die extreme Armut in aller Welt trotz der tiefgreifenden Auswirkungen der globalen Pandemie zurückgegangen, und die Zahl der als erwerbsarm eingestuften Personen ist um 20 Millionen zurückgegangen. 2023 war erstmals mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung (52,4 Prozent) durch mindestens eine Sozialschutzleistung abgesichert, während es 2015 noch 42,8 Prozent waren. Ungeachtet dieser Verbesserung leben jedoch noch immer über 700 Millionen Menschen in extremer Armut, und das Risiko, erstmals oder erneut in Armut zu geraten, ist, vor allem aufgrund kumulativ auftretender Schocks und Krisen, nach wie vor hoch.

3. Seit 2015 ist die Erfolgsbilanz bei der Beendigung des Hungers, der Verbesserung der Ernährung und der Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft gemischt, vor allem infolge anhaltender Konflikte, weltweiter Nahrungsmittelkrisen und klimabedingter Herausforderungen. Nennenswerte Verbesserungen sind unter anderem der Rückgang von Wachstumshemmungen und Auszehrung bei Kindern und eine moderate Steigerung der Ernährungsvielfalt bei Kleinkindern. Allerdings haben Hunger und Ernährungsunsicherheit stark zugenommen: So leiden mehr als 750 Millionen Menschen Hunger, und mehr als 2,3 Milliarden sind von Ernährungsunsicherheit betroffen. Kleinerzeuger verdienen nach wie vor deutlich weniger als größere Agrarbetriebe. Obwohl die öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft 2023 mit 701 Milliarden US-Dollar ein Rekordhoch erreichten, machen sie noch immer weniger als 2 Prozent der gesamten Staatsausgaben aus, was die Notwendigkeit größerer Investitionen und dringender Maßnahmen zur Stärkung der Nahrungsmittelsysteme verdeutlicht.

4. Fortschritten bei der Gesundheitsversorgung war es zu verdanken, dass zwischen 2015 und 2023 mehr Mütter eine Entbindung überlebten und mehr Kinder über ihren fünften Geburtstag hinaus lebten. So sank die Sterblichkeit bei Müttern von 228 auf 197 je 100.000 Lebendgeburten und bei Kindern unter fünf Jahren von 43 auf 37 je 1.000 Lebendgeburten. Während die HIV-Neuinfektionen seit 2010 um 39 Prozent zurückgegangen sind, konnten seit 2000 2,2 Milliarden Malariaerkrankungen und 12,7 Millionen malaribedingte Todesfälle verhindert werden. Der Anteil junger Menschen mit einem Abschluss der Sekundarstufe II stieg zwischen 2015 und 2024 von 53 Prozent auf 60 Prozent, und die Lese- und Schreibkompetenz verbessert sich. Darüber hinaus nimmt das Geschlechtergefälle im Bildungsbereich stetig ab. Die Bildungssysteme sind jedoch nach wie vor stark unterfinanziert und die Lernergebnisse rückläufig. Weltweit ist jeder fünfte junge Mensch (im Alter von 15 bis 24 Jahren) weder in einer allgemeinen oder beruflichen Bildung befindlich noch erwerbstätig und verpasst somit Gelegenheiten zum Erwerb von Qualifikationen und zum Eintritt in das Erwerbsleben. Junge Frauen sind in dieser Kategorie mit mehr als doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit anzutreffen wie junge Männer.

5. Die Fortschritte bei der Geschlechtergleichstellung sind unausgewogen und unzureichend. Wenngleich Kinderheiraten weltweit zurückgegangen sind, vor allem dank Fortschritten in Südasien, sind sie in Afrika südlich der Sahara nach wie vor weit verbreitet. Frauen leisten noch immer 2,5 Mal mehr unbezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit als Männer und müssen mit Herausforderungen hinsichtlich ihrer politischen Mitsprache sowie anhaltenden Defiziten in Bezug auf Landrechte und digitalen Zugang umgehen. Mittlerweile besetzen Frauen 27,2 Prozent der Parlamentssitze, ein Anstieg gegenüber 2015 (22 Prozent), sowie 35 Prozent der Positionen in den Gemeinden. Allerdings ist darauf

hinzuweisen, dass diese globalen Durchschnitte die in vielen Ländern bestürzend geringen Quoten der politischen Teilhabe von Frauen verdecken.

6. Menschen mit Behinderungen sehen sich beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Technologie und menschenwürdiger Arbeit erheblichen Herausforderungen gegenüber, was zu höheren Armutsquoten und sozialer Isolation führt. Um die Nachhaltigkeitsziele für Menschen mit Behinderungen bis 2030 zu erreichen, müssen die Maßnahmen um das bis zu 65-fache beschleunigt werden, insbesondere in Bezug auf Barrierefreiheit, Sozialschutz und Anstrengungen zur Bekämpfung von Diskriminierung. Auch die Nachverfolgung von Daten muss besser werden.

7. Der Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser, einer sicher verwalteten Sanitärversorgung und einer einfachen Hygieneversorgung hat sich verbessert. Zwischen 2015 und 2023 erhöhte sich der Zugang zu Strom von 87 Prozent auf 92 Prozent und zu sauberen Brennstoffen zum Kochen um 16 Prozent. Die Steuerung der Katastrophenvorsorge auf lokaler Ebene hat sich verbessert: 110 Länder verfügen nach eigenen Angaben über lokale Risikominderungsstrategien. Der durchschnittliche Anteil der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete, die als Schutzgebiete in Meeres-, Land-, Süßwasser- und Gebirgsökosystemen ausgewiesen sind, stieg zwischen 2000 und 2024 von etwa 25 Prozent auf rund 44 Prozent.

8. In den vergangenen zehn Jahren ging es in Bezug auf Wirtschaftswachstum und menschenwürdige Arbeit für alle ungleichmäßig voran. Das globale Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg nach einem starken Rückgang um 3,8 Prozent im Jahr 2020 im Jahr darauf erneut um 5,5 Prozent an. 2023 verlangsamte sich das Wachstum auf 1,9 Prozent, und für 2024 wird das Wachstum auf mäßige 2,0 Prozent geschätzt, während für 2025 ein Zuwachs um 1,5 Prozent prognostiziert wird. Obwohl die Arbeitslosenquote 2024 auf ein Rekordtief von 5,0 Prozent fiel, verharrte die informelle Beschäftigung auf hohem Stand. Zudem waren junge Menschen weiterhin mit dreimal höherer Wahrscheinlichkeit arbeitslos als über 25-jährige Erwachsene, und junge Frauen waren überproportional betroffen. Etwa 68 Prozent der Weltbevölkerung nutzten 2024 das Internet gegenüber 40 Prozent im Jahr 2015, doch hatten 2,6 Milliarden Menschen noch immer keinen Internetzugang. Mobiles Breitband wurde von 92 Prozent der Bevölkerung genutzt.

9. Die Klimamaßnahmen bleiben weiter deutlich hinter dem für die Erfüllung der Verpflichtungen aus der Agenda 2030 und dem Übereinkommen von Paris erforderlichen Maß zurück. 2024 war, nachdem die Erdtemperatur den Schwellenwert von 1,5 °C überschritt, das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Kohlendioxidkonzentration lag 151 Prozent über dem vorindustriellen Niveau und damit auf dem höchsten Stand seit über 2 Millionen Jahren. Zugleich nehmen die Risiken von Ozeanversauerung und Artensterben weiter zu.

10. Im Hinblick auf Frieden und Sicherheit, die Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung, hat sich die Lage drastisch verschlechtert. Konflikte sind häufiger, intensiver und länger geworden und zerstören Leben und Existenzgrundlagen. Im April 2024 gab es über 120 Millionen Vertriebene, mehr als doppelt so viele wie 2015. Insgesamt sind die Fortschritte bei Ziel 16 zu langsam, und nach wie vor sind Defizite in Bezug auf den Zugang zur Justiz, rechenschaftspflichtige Institutionen und inklusive Entscheidungsprozesse festzustellen.

11. Seit 2015 ist die Zahl der Länder mit nationalen Menschenrechtsinstitutionen, die die Standards der Vereinten Nationen vollständig einhalten, von 70 auf 89 gestiegen, und diese Institutionen decken nun 55 Prozent der Weltbevölkerung ab. Allerdings ist die Zahl der dokumentierten Tötungen von Personen, die die Menschenrechte verteidigten oder journalistisch oder gewerkschaftlich tätig waren, nach wie vor alarmierend hoch, und 2024 wurden mindestens 502 derartige Fälle in 44 Ländern gemeldet. Trotz der hohen Zufriedenheit mit öffentlichen Dienstleistungen – 67 Prozent bei Verwaltungsdiensten, 58 bis 79 Prozent im Bildungsbereich und 57 Prozent bei der Gesundheitsversorgung – lässt der Umstand, dass nur 45 Prozent der Menschen ihr politisches System für bedarfsorientiert halten, anhaltende Defizite in puncto Vertrauen und Vertretung erkennen. Die Zahl der Personen in Untersuchungshaft ist seit 2015 unverändert, ein Zeichen stagnierender Fortschritte im Justizwesen. Dagegen ist die Budgetplanung in der Zeit nach der Pandemie mit einem Rückgang der Abweichungen auf der Ausgabenseite von 12,6 Prozent im Jahr 2020 auf 9,6 Prozent im Jahr 2023 verlässlicher geworden.

12. Die aus offiziellen ebenso wie aus privaten Quellen stammenden Finanzströme in die Entwicklungsländer haben zugenommen. Die ausländischen Direktinvestitionen stiegen zwischen 2023 und 2024 um 11 Prozent auf 1,4 Billionen Dollar, während sich die weltweiten Rücküberweisungen zwischen 2022 und 2023 um 3 Prozent auf 861 Milliarden Dollar erhöhten. Die Schuldendienstkosten für Niedrig- und Mitteleinkommensländer erreichten 2023, bedingt durch eine seit zehn Jahren wachsende Auslandsverschuldung, stark steigende Zinsen und schwächere lokale Währungen, einen historischen Höchststand von 1,4 Billionen Dollar. Die Tilgungszahlungen stiegen auf 950,9 Milliarden Dollar und die Zinszahlungen gleich um 37,1 Prozent auf 405,3 Milliarden Dollar und damit in beiden Fällen auf ein Rekordhoch. Infolgedessen erhöhte sich die Schuldendienstquote für Niedrig- und Mitteleinkommensländer auf 14,7 Prozent. Aufgrund dieser Belastung und der jährlichen Lücke bei den zielebezogenen Investitionen in Höhe von 4 Billionen Dollar werden weniger staatliche Mittel für soziale Dienste zugewiesen und Fortschritte bei der Zielerreichung gehemmt.

13. Eine zentrale Errungenschaft bei der Verwirklichung der Agenda 2030 ist die deutlich bessere Datenverfügbarkeit, die die Faktengrundlage für die Politikgestaltung gestärkt hat. Angesichts der Lücken bei aufgeschlüsselten Daten muss jedoch mehr getan werden. 2024 billigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Weltdatenforums der Vereinten Nationen den Aktionsrahmen von Medellín zu Daten für die nachhaltige Entwicklung mit dem Ziel, die globalen Datensysteme für die nachhaltige Entwicklung zu stärken. In dem Rahmen ergeht die Forderung nach einer Modernisierung der Datenökosysteme, der Förderung einer inklusiven Daten-Governance und der Nutzung vielfältiger, glaubwürdiger Datenquellen zur Unterstützung der Entscheidungsfindung. Zudem sind dem Rahmen zufolge mehr Partnerschaften, Innovationen und Kapazitätsaufbau erforderlich, um sicherzustellen, dass die Daten zugänglich, nutzbar und verlässlich sind. Die Finanzierung stellt nach wie vor eine große Herausforderung dar, insbesondere für Niedrig- und Mitteleinkommensländer, denen es schwerfällt, aktuelle und hochwertige Daten zu erstellen. Für ein wirksames, datengestütztes Handeln sind umfassendere, langfristige Investitionen aus inländischen wie internationalen Quellen vonnöten, und politischer Wille und eine dauerhafte Finanzierung sind unerlässlich.

14. In Zeiten eines sich verstärkenden Klimawandels, geopolitischer Spannungen, wirtschaftlicher Schocks und zunehmender Fragilität bleiben die Fortschritte bei den Zielen weit hinter dem erforderlichen Umfang und Tempo zurück. Für die Umkehr alarmierender Trends und die Festigung mühsam errungener Erfolge sind dringende Maßnahmen unverzichtbar. In Anbetracht eines unzureichenden Fortschritts tempos bei 47 Prozent und von Rückschritten bei 18 Prozent der Zielvorgaben besteht die Gefahr, dass über zwei Drittel der Ziele nicht erreicht werden. Die sechs gemeinsam vereinbarten Übergänge, die aufgrund ihrer katalytischen, auf alle Ziele übergreifenden Wirkung herausgearbeitet wurden, sind entscheidend wichtig für die Förderung eines transformativen Wandels auf Landesebene, nämlich in Bezug auf a) Nahrungsmittelsysteme, b) Energie (Zugang und Bezahlbarkeit), c) digitale Anbindung, d) Bildung, e) Arbeitsplätze und Sozialschutz sowie f) Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung.

15. Sowohl in der aus dem Gipfeltreffen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung von 2023 hervorgegangenen politischen Erklärung als auch im 2024 beschlossenen Zukunftspakt wird die nachhaltige Entwicklung als Grundpfeiler der multilateralen Zusammenarbeit bekräftigt. Diesen Texten kommt eine wesentliche Rolle zu, wenn es darum geht, künftige Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus der Agenda 2030 zu gestalten und bei der Erreichung der Ziele rascher voranzukommen.

16. Ein fortgesetztes multilaterales Engagement ist unabdingbar dafür, dass die Ziele erreichbar bleiben. Die Vierte Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, die zweite Bestandsaufnahme im Rahmen des Gipfels der Vereinten Nationen zu Ernährungssystemen, der Zweite Weltgipfel für soziale Entwicklung, die für 2025 anberaumte Konferenz der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Verwirklichung von Ziel 14 der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen), der Gipfel der Gruppe der 20 und die dreißigste Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen werden als aktuelle und strategische Plattformen dafür dienen, die gemeinsamen Anstrengungen zur Umsetzung der Agenda 2030 voranzutreiben.

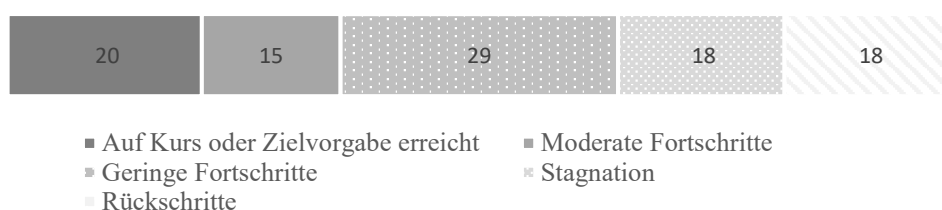
II. Fortschritte bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele mit Stand von 2025

17. Wie aus Abbildung I hervorgeht, sind die 137 Zielvorgaben, für die Trenddaten und zusätzliche Informationen der verantwortlichen Organisationen vorliegen, zu 35 Prozent entweder auf Kurs (20 Prozent) oder verzeichnen moderate Fortschritte (15 Prozent). Demgegenüber geht es bei 47 Prozent der Zielvorgaben kaum (29 Prozent) oder überhaupt nicht (18 Prozent) voran. Beunruhigend ist, dass bei 18 Prozent der Zielvorgaben Rückschritte gegenüber dem Basisjahr 2015 festzustellen sind.

Abbildung I

Allgemeine Bewertung der Fortschritte für alle Zielvorgaben mit Trenddaten (2025 oder jüngste Daten)

(in Prozent)

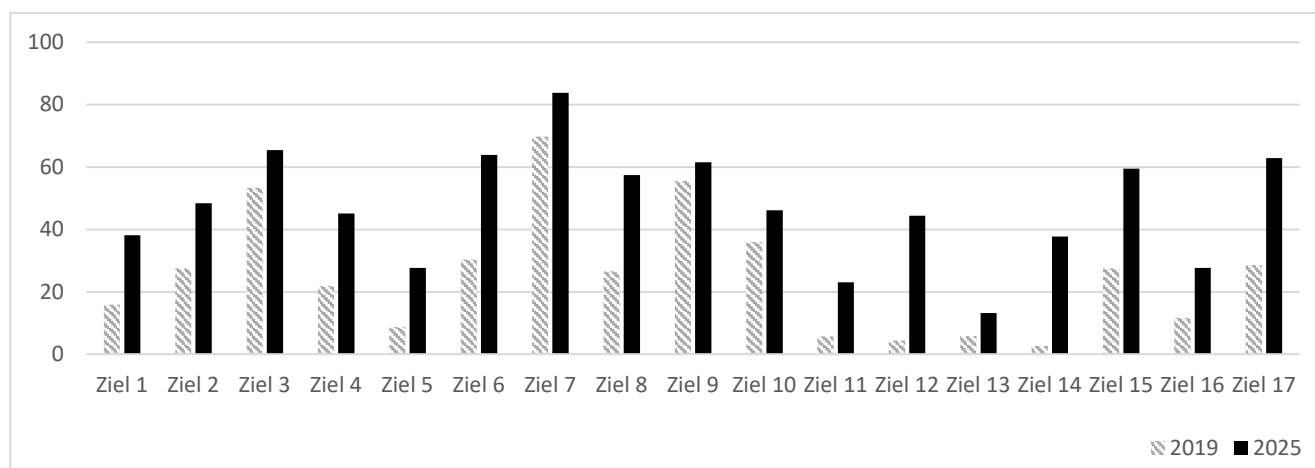


18. Wie aus Abbildung II ersichtlich ist, ging es in den vergangenen zehn Jahren bei der Stärkung der Datensysteme zur Unterstützung der Zielüberwachung voran. Im Zuge der von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen gebilligten umfassenden Überprüfung des Rahmens globaler Indikatoren wurden 2025 zentrale Änderungen eingeführt, um den Herausforderungen der Gegenwart wie Klimawandel, Ungleichheit und digitale Transformation besser Rechnung zu tragen. Dank dieser Aktualisierungen sind die Länder besser in der Lage, Fortschritte zu verfolgen und Informationen für die Entwicklung faktengestützter Politikmaßnahmen und Investitionen bereitzustellen.

Abbildung II

Anteil der Länder oder Gebiete mit verfügbaren Daten (mindestens zwei Datenpunkte seit 2015) mit einer Gegenüberstellung der Datenbanken von 2019 und 2025 nach Zielen

(in Prozent)



19. Ausgehend von den verfügbaren Daten wird im weiteren Verlauf dieses Abschnitts ein Überblick über die einzelnen Ziele gegeben, mit Schwerpunkt auf ausgewählten Zielvorgaben, bei denen die Fortschritte unzureichend sind oder die Entwicklung vom Kurs abweicht. Globale und regionale Daten sowie Fortschrittsbewertungen für alle Zielvorgaben und Indikatoren, zu denen Informationen vorliegen, finden sich im statistischen Anhang.¹

¹ Der Indikatorenrahmen, der statistische Anhang zu diesem Bericht und die globale Datenbank zu den Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele sind unter <https://unstats.un.org/sdgs> abrufbar.

Ziel 1. Armut in allen ihren Formen und überall beenden

20. Die globale Armutsminderung ist praktisch zum Erliegen gekommen. 2022 lebten rund 9 Prozent der Menschen weltweit in extremer Armut. 2024 waren über 244 Millionen Beschäftigte von Erwerbsarmut betroffen. Während das Zwischenziel, den Sozialschutz auf die Hälfte der Weltbevölkerung auszuweiten, inzwischen erreicht ist, sind in den Niedrigeinkommensländern seit 2015 nahezu keine Verbesserungen festzustellen. Nach wie vor wird die Armutsminderung durch Ungleichheit in und zwischen den Ländern behindert, und die Ärmsten bleiben in Zeiten der Erholung oft zurück. Ein inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, insbesondere in einkommensschwachen Ländern und fragilen Gebieten, ist für die Umkehrung der aktuellen Trends weiterhin unverzichtbar. Für raschere Fortschritte hin zu einer Welt ohne Armut müssen die Sozialschutzsysteme gestärkt und mehr internationale Ressourcen mobilisiert werden, damit die Länder den Stillstand der letzten Jahre hinter sich lassen können. Die Vereinten Nationen arbeiten in Zusammenarbeit mit der Weltbank und anderen Partnern darauf hin, strukturelle Ungleichheiten zu beseitigen, die Armut zu mindern und den Sozialschutz auszuweiten. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen stellt Sekretariatsdienste für die Globale Allianz gegen Hunger und Armut bereit, die 2024 unter dem Vorsitz Brasiliens in der Gruppe der 20 ins Leben gerufen wurde, um koordinierte globale Maßnahmen und Investitionen zur Unterstützung der Armutsminderung in den besonders verwundbaren Ländern zu mobilisieren.

Zielvorgabe 1.1

21. Jüngsten Daten zufolge lebten 2022 9 Prozent der Weltbevölkerung in extremer Armut, etwas weniger als 2015 (10,5 Prozent). Bei gleichbleibender Entwicklung wird dieser Anteil im Jahr 2030 noch immer bei 7,3 Prozent liegen. 2024 lebten 6,9 Prozent der Erwerbstätigen, also 244 Millionen Menschen, unter der internationalen Armutsgrenze von 2,15 Dollar (kaufkraftbereinigt) pro Tag.

Zielvorgabe 1.3

22. 2023 war erstmals mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung (52,4 Prozent) durch mindestens eine Sozialschutzleistung abgesichert, während es 2015 noch 42,8 Prozent waren. Insgesamt 3,8 Milliarden Menschen genießen nach wie vor keinen Schutz. Die Hocheinkommensländer nähern sich dem Ziel eines universellen Sozialschutzes (85,9 Prozent). Dagegen hat sich die Absicherung in den Niedrigeinkommensländern mit 9,7 Prozent seit 2015 kaum erhöht.

Zielvorgabe 1.4

23. Mit Stand von 2022 verfügen zwei Drittel der Weltbevölkerung nach eigener Auffassung über sichere Landnutzungs- und -besitzrechte, doch nur 43 Prozent der Erwachsenen weltweit und lediglich 15 Prozent in Afrika südlich der Sahara besitzen entsprechende amtliche Dokumente. Somit sind fast 1,4 Milliarden Erwachsene in den Entwicklungsregionen nach wie vor von formellen Grundstücksmärkten, einer Hypothekenfinanzierung und dem rechtlichen Schutz ihrer Landrechte ausgeschlossen. Wenngleich Frauen 51 Prozent derjenigen ausmachen, die ihre Nutzungs- und Besitzrechte als sicher ansehen, verfügen nur 24 Prozent über gesetzlich anerkannte Dokumente.

Zielvorgabe 1.a

24. 2022 betrug der Anteil der Ausgaben des Staates für Grundleistungen in etwa 100 berichtstattenden Ländern durchschnittlich 50 Prozent der Ausgaben insgesamt. Die hochentwickelten Volkswirtschaften stellten 61 Prozent, die Schwellen- und Entwicklungsländern hingegen 43 Prozent ihrer Mittel dafür bereit.

Zielvorgabe 1.b

25. Bei den 133 Ländern, für die Daten für den Zeitraum 2009–2022 vorliegen, betrug der Anteil der Sozialausgaben (Gesundheit, Bildung und direkte Transfers), der den ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung zugutekam, zwischen 10 und 39 Prozent. Im Durchschnitt waren es 26 Prozent.

Ziel 2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

26. Der Hunger in der Welt hat seit 2019 stark zugenommen und verharrt auf hohem Stand. 2023 hungerte nahezu jeder elfte Mensch weltweit, während mehr als 2 Milliarden Menschen von mittlerer bis schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen waren. Millionen von Kindern und Frauen litten unter Fehlernährung. Die Zahl der Länder mit mäßig bis ungewöhnlich hohen Nahrungsmittelpreisen ist nach wie vor deutlich höher als vor der Pandemie. Um bei Ziel 2 wieder auf Kurs zu kommen, sind dringende Maßnahmen zur Stärkung der Nahrungsmittelsysteme, zur Unterstützung von Kleinerzeugern, zur Verbesserung der Dienstleistungen und zur Gewährleistung des Zugangs zu einer erschwinglichen, gesunden Ernährung erforderlich. Die Umstellung der Ernährungssysteme auf mehr Nachhaltigkeit, Inklusion und Resilienz wird die Zielerreichung beschleunigen. Der Gipfel der Vereinten Nationen zu Ernährungssystemen und die damit verbundenen zweijährlichen Bestandsaufnahmen – die nächste ist für Juli 2025 anberaumt – haben dazu beigetragen, die globalen Bemühungen an den auf nationaler Ebene festgelegten Prioritäten auszurichten.

Zielvorgabe 2.1

27. 2023 waren 9,1 Prozent der Weltbevölkerung (zwischen 713 Millionen und 757 Millionen Menschen insgesamt und jeder fünfte in Afrika) von Hunger betroffen, während es 2019 noch 7,5 Prozent gewesen waren. Fast 2,33 Milliarden beziehungsweise beinahe drei von zehn Menschen sahen sich 2023 mäßiger oder schwerer Ernährungsunsicherheit gegenüber, also 383 Millionen mehr als 2019.

Zielvorgabe 2.2

28. Die weltweite Prävalenz von Wachstumshemmungen bei Kindern unter fünf Jahren ging zwischen 2012 und 2024 von 26,4 auf 23,2 Prozent zurück, doch deuten jüngere Daten auf eine mögliche Trendumkehr hin. 2024 waren mehr als 150 Millionen Kinder wachstumsgehemmt. Die Prävalenz von Übergewicht bei Kindern stieg zwischen 2012 und 2024 von 5,3 auf 5,5 Prozent, wenngleich sich die Zahl der übergewichtigen Kinder von 36,3 Millionen auf 35,5 Millionen verringerte. Die Prävalenz von Auszehrung bei Kindern fiel im selben Zeitraum von 7,4 auf 6,6 Prozent, und die Zahl der betroffenen Kinder sank von 50,9 Millionen auf 42,8 Millionen.

29. Bei rund 34 Prozent der Kinder im Alter von 6 bis 23 Monaten entsprach die Ernährung zwischen 2015 und 2022 den Mindestanforderungen hinsichtlich Ernährungsvielfalt, was eine geringfügige Verbesserung gegenüber dem Zeitraum 2009–2016 (28 Prozent) darstellt. Diese Mindestanforderungen wurden zwischen 2019 und 2023 für lediglich 65 Prozent der Frauen im gebärfähigen Alter erreicht.

30. Bei Anämie, von der 2023 jede dritte 15- bis 49-jährige Frau betroffen war, sind seit 2012 kaum Verbesserungen zu verzeichnen.

Zielvorgabe 2.3

31. In den meisten Ländern, für die Daten vorliegen, beträgt das Jahreseinkommen von Kleinerzeugern in der Landwirtschaft 1.500 Dollar (konstante Preise von 2017 (Kaufkraftparität)) und damit oft weniger als die Hälfte dessen größerer Betriebe.

Zielvorgabe 2.a

32. 2023 stiegen die weltweiten öffentlichen Ausgaben auf 38 Billionen Dollar beziehungsweise 36 Prozent des globalen BIP, wovon ein Rekordbetrag von 701 Milliarden Dollar in die Landwirtschaft floss, auf die dennoch nur 1,85 Prozent der gesamten Staatsausgaben entfielen.

Zielvorgabe 2.c

33. 2023 sank der Anteil der Länder mit mäßig bis ungewöhnlich hohen Nahrungsmittelpreisen auf etwa 50 Prozent. Damit war er zwar niedriger als 2022 (61 Prozent), jedoch noch immer dreimal so hoch wie im Durchschnitt des Zeitraums 2015–2019 (16 Prozent).

Ziel 3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

34. Den jüngsten Daten zufolge war die Bilanz bei den Gesundheitsindikatoren gemischt. Die Müttersterblichkeit ist zwar zurückgegangen, jedoch deutlich langsamer als nötig, um die Zielvorgaben für 2030 zu erreichen. Bei der Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren und Neugeborenen sind seit 2000 erhebliche Verbesserungen zu verzeichnen, und durch raschere Fortschritte können potenziell weitere Millionen Leben gerettet werden. Die Zahl der HIV-bedingten Todesfälle ist seit 2010 um die Hälfte gesunken, doch erhalten Millionen von Menschen noch immer keine Behandlung, und nach den Daten, die sich hinter den globalen positiven Trends verbergen, nimmt die Zahl der Neuinfektionen in mehreren Regionen zu. Von vernachlässigten Tropenkrankheiten sind weltweit nahezu 1,5 Milliarden Menschen betroffen. Zur Verwirklichung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung ist ein verstärktes Engagement für die Menschen erforderlich, die am weitesten zurückliegen. Die Vereinten Nationen bringen die allgemeine Gesundheitsversorgung voran und fördern chancengerechte, am Menschen orientierte Gesundheitssysteme mit Schwerpunkt auf fragilen, von Konflikten betroffenen Regionen und Gebieten mit erheblichen gesundheitlichen Ungleichheiten. Über Initiativen wie das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) und den Fahrplan der Weltgesundheitsorganisation für vernachlässigte Tropenkrankheiten (2021–2030) befassen sich die Vereinten Nationen gezielt mit den am stärksten unterversorgten Bevölkerungsgruppen. Zudem waren sie federführend an Maßnahmen zur Pandemievorsorge beteiligt und verstärken ihre Bemühungen im Bereich der psychischen Gesundheit als Kernkomponente des allgemeinen Wohlbefindens.

Zielvorgabe 3.1

35. Die weltweite Müttersterblichkeitsrate sank zwischen 2015 und 2023 von 228 auf 197 Todesfälle je 100.000 Lebendgeburten. Um die globale Zielvorgabe von 70 je 100.000 Lebendgeburten zu erreichen, müssen zwischen 2024 und 2030 fast 700.000 Todesfälle verhindert werden. Der Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten erhöhte sich zwischen 2015 und 2024 von 80 auf 87 Prozent.

Zielvorgabe 3.2

36. 2023 betrug die Zahl der Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren weltweit 4,8 Millionen und war damit niedriger als in den Jahren 2000 (10,1 Millionen) und 2015 (6,2 Millionen). Die Sterblichkeitsrate bei Kindern unter fünf Jahren sank auf 37 Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten, was einem Rückgang um 52 Prozent seit 2000 und um 16 Prozent seit 2015 entspricht. Ebenso fiel die Neugeborenensterblichkeit 2023 auf 17 Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten und damit um 44 Prozent gegenüber 2000 und 12 Prozent gegenüber 2015. Würden die Zielvorgaben bis 2030 erreicht, könnten 8 Millionen Menschenleben gerettet werden.

Zielvorgabe 3.3

37. 2023 lebten 39,9 Millionen Menschen mit HIV, doch 9,3 Millionen erhielten keine lebensrettende Behandlung. Infolgedessen starb jede Minute ein Mensch an den Folgen von Aids. Die Zahl der aidsbedingten Todesfälle ging zwischen 2010 und 2023 von 1,3 Millionen auf 630.000 und damit um die Hälfte zurück. In diesem Zeitraum sanken die HIV-Neuinfektionen weltweit um 39 Prozent. Allerdings ist anzumerken, dass die Infektionen im Nahen Osten sowie in Nordafrika, Osteuropa, Zentralasien und Lateinamerika zunehmen.

38. 2023 wurden weltweit 8,2 Millionen neu diagnostizierte Tuberkulosefälle gemeldet. Diese Zahl war die höchste für ein einzelnes Jahr, seit Mitte der 1990er Jahre Daten verfügbar wurden, und lag über dem bisherigen, 2022 verzeichneten Höchststand von 7,5 Millionen sowie 15 Prozent über dem Wert von 2019.

39. Seit 2000 konnten weltweit schätzungsweise 2,2 Milliarden Malaria-Erkrankungen und 12,7 Millionen Malaria-Todesfälle abgewendet werden. Bis Ende 2024 wurden 44 Länder und ein Hoheitsgebiet als malariefrei zertifiziert.

40. 2023 bedurften 1,495 Milliarden Menschen einer Behandlung im Zusammenhang mit vernachlässigten Tropenkrankheiten, davon 493 Millionen in den am wenigsten entwickelten Ländern. Dies waren 122 Millionen weniger als 2022. Bis Dezember 2024 hatten 54 Länder und Hoheitsgebiete mindestens eine vernachlässigte Tropenkrankheit eliminiert.

Zielvorgabe 3.4

41. 2021 starben weltweit schätzungsweise 18 Millionen Menschen unter 70 Jahren an einer nicht übertragbaren Krankheit. Diese Zahl entspricht mehr als der Hälfte der Todesfälle in dieser Altersgruppe. Das Risiko eines vorzeitigen Todes infolge einer der vier wichtigsten nichtübertragbaren Krankheiten (Krankheiten des Kreislaufsystems, bösartigen Neubildungen, chronischen Atemwegserkrankungen und Diabetes mellitus) ist seit 2015 rückläufig, doch trotz einer verstärkten Sensibilisierung befindet sich die Welt nicht auf Kurs, um die Zielvorgabe für die Verringerung nichtübertragbarer Krankheiten bis 2030 zu erreichen.

Zielvorgabe 3.7

42. Die globale Geburtenrate bei Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren fiel zwischen 2000 und 2024 von 66,3 auf 38,3 Geburten je 1.000 Mädchen und dürfte bis 2030 auf 34,8 zurückgehen. In der Altersgruppe der 10- bis 14-Jährigen sank die Rate im Zeitraum 2000–2024 von 3,5 auf 1,0 je 1.000 Mädchen. Trotz dieser Fortschritte wurden die höchsten Raten für Afrika südlich der Sahara mit 92,9 je 1.000 für die Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen und mit 3,1 je 1.000 für die Altersgruppe der 10- bis 14-Jährigen gemeldet.

Zielvorgabe 3.b

43. Bei allen vier von Indikator 3.b.1 erfassten Impfstoffen für Kinder stagnierten die Fortschritte zwischen 2020 und 2022 oder ließen nach. Bei der dritten Dosis des Impfstoffs gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten, einem nützlichen Marker für ein gut funktionierendes Impfsystem, war die Impfquote 2023 noch immer nicht ganz auf den 2019, also vor der Pandemie, erreichten Stand zurückgekehrt. Bei den anderen drei Impfstoffen stieg die Quote, was allerdings teilweise auf die Einführung von Impfstoffen in Ländern zurückzuführen war, wo sie zuvor nicht verfügbar waren. Sollten die derzeitigen Trends anhalten, wird die in der Immunisierungsagenda 2030 aufgestellte globale Zielvorgabe von 90 Prozent wohl für keine dieser Impfungen erreicht.

Zielvorgabe 3.c

44. Die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen weltweit überstieg 2023 die 70-Millionen-Marke, von denen 52 Millionen in Schlüsselberufen, etwa als ärztliches und zahnärztliches Personal, Geburtshilfe- und Krankenpflegekräfte sowie Apothekenfachkräfte, arbeiteten. Bei den Schlüsselberufen ist die Dichte seit 2013 um 26 Prozent gestiegen. Die Dichte des Gesundheitspersonals reicht von einer Fachkraft je 64 Menschen in Hoheinkommensländern bis zu einer je 621 in Niedrigeinkommensländern. 2030 dürfte es weltweit 11,1 Millionen Gesundheitsfachkräfte zu wenig geben, wobei mehr als die Hälfte davon in Nordafrika und Afrika südlich der Sahara fehlen werden.

Ziel 4. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

45. Ziel 4 ist nach wie vor eine entscheidende Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, doch bleiben die Fortschritte hinter den Zielvorgaben zurück. Die Schulabschlussquoten in der Sekundarstufe II verbessern sich langsamer, während die Lernergebnisse in vielen Ländern rückläufig sind. Bei der frühkindlichen Erziehung bestehen beunruhigende regionale Unterschiede, und Afrika südlich der Sahara ist besonders benachteiligt. Trotz moderater Verbesserungen bei der Alphabetisierung können Hunderte Millionen Menschen nach wie vor weder lesen noch schreiben, und Frauen sind überproportional betroffen. Bei den Qualifikationen von Lehrkräften bestehen anhaltende Herausforderungen, und die Verbesserungen seit 2015 sind minimal. In Anbetracht digitaler Gesellschaften auf dem Vormarsch gilt es, Technologie in die Bildung zu integrieren,

damit junge Menschen und künftige Generationen auf relevante, hochwertige Inhalte zugreifen können, die sie für die Anforderungen eines sich rasch wandelnden Arbeitsmarkts wappnen. Die Fortschritte bei der Erreichung von Ziel 4 müssen prioritär vorangetrieben werden, da dies eine katalytische Wirkung für die Umsetzung der Agenda 2030 insgesamt hätte. Aufbauend auf der Dynamik des vom Generalsekretär einberufenen Gipfeltreffens zur Bildungstransformation treiben die Vereinten Nationen globale Maßnahmen zugunsten von Ziel 4 voran, indem sie sich für eine inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung für alle einsetzen und zugleich Bemühungen um die Verbesserung der Lernergebnisse und die Beseitigung regionaler Unterschiede unterstützen.

Zielvorgabe 4.1

46. Der Anteil junger Menschen mit einem Abschluss der Sekundarstufe II stieg zwischen 2015 und 2024 von 53 auf 60 Prozent, wenngleich die Fortschritte langsamer als im vorangegangenen Neunjahreszeitraum ausfielen. Bei den Lernergebnissen am Ende der Sekundarstufe I verzeichnen viele Länder Rückschritte, doch lassen sich die breiteren Trends in diesem Bereich aufgrund erheblicher Datenlücken, vor allem in den unteren Klassenstufen, nur schwierig bewerten.

Zielvorgabe 4.2

47. Nach Daten aus 84 Ländern für den Zeitraum 2015–2024 verlief die Entwicklung bei etwa zwei Dritteln der Kleinkinder altersgemäß und ohne nennenswerte geschlechtsspezifische Unterschiede.

Zielvorgabe 4.2

48. 2023 nahmen knapp 75 Prozent aller Kinder weltweit ein Jahr vor dem offiziellen Einschulungsalter an organisiertem Lernen teil. Diese Teilnahmequote ist seit der Zeit vor der Pandemie unverändert. Derzeit garantieren nur 103 Länder eine kostenlose Vorschulbildung, und in 66 Ländern ist eine mindestens einjährige Vorschule Pflicht.

Zielvorgabe 4.3

49. Weltweit hat ein Sechstel der Menschen im Alter von 15 bis 64 Jahren in letzter Zeit an formaler und non-formaler Bildung und Ausbildung teilgenommen. Bei jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren lag die Teilnahmequote bei über der Hälfte, bei älteren Erwachsenen in der Altersgruppe der 25- bis 54-Jährigen jedoch mit durchschnittlich 3 Prozent weitaus niedriger.

Zielvorgabe 4.5

50. Bei vielen Bildungsindikatoren bestehen offenkundige sozioökonomische Disparitäten. In Bezug auf Wohnort und Haushaltsvermögen sind die Unterschiede noch stärker ausgeprägt und lassen für ländliche und ärmere Familien größere Benachteiligungen erkennen. Auf höheren Bildungsebenen ist dieses Gefälle tendenziell größer.

Zielvorgabe 4.6

51. 2024 waren nach wie vor etwa 754 Millionen Erwachsene weltweit Analphabeten, 63 Prozent davon Frauen. Zwischen 2014 und 2024 stieg die weltweite Alphabetisierungsquote bei Erwachsenen (15 Jahre und älter) von 85 auf 88 Prozent, bei Jugendlichen (Altersgruppe 15–24 Jahre) dagegen von 91 auf 93 Prozent.

Zielvorgabe 4.a

52. Über ein Fünftel der Grundschulen weltweit hat keinen Zugang zu einer Basisversorgung, etwa zu Elektrizität, Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen. Andere Angebote, etwa Computer und Internet für pädagogische Zwecke, sowie eine behinderungsgerechte Infrastruktur, sind in geringerem Umfang verfügbar, und die Hälfte der Grundschulen hat überhaupt keinen Zugang dazu.

Zielvorgabe 4.c

53. 2023 verfügten noch immer 15 Prozent der Lehrkräfte weltweit nicht über die in ihrem Land auf nationaler Ebene erforderlichen Mindestqualifikationen, das heißt seit 2015 gab es keine Verbesserung. Je nach Region war die Lage sehr unterschiedlich. In Afrika südlich der Sahara erfüllten etwa zwei von fünf Lehrkräften nicht die nationalen Qualifikationsanforderungen.

Ziel 5. Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

54. 30 Jahre nach der Annahme der wegweisenden Erklärung und Aktionsplattform von Beijing ist die Geschlechtergleichstellung noch immer in weiter Ferne. Durch anhaltende rechtliche Barrieren werden die Beschäftigungschancen von Frauen eingeschränkt, was für eine Verfestigung von Kinderheirat und geschlechtsspezifischer Gewalt sorgt. Aufgrund der ungleich verteilten Last unbezahlter Haus- und Betreuungsarbeit sind die für Frauen verfügbaren Möglichkeiten weiterhin begrenzt, wenngleich die Lage je nach Region erheblich variiert. Bei der politischen Vertretung von Frauen geht es bestürzend langsam voran, und in vielen Regionen ist die Entscheidungsautonomie in Bezug auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit nach wie vor beschränkt. Ebenso machen die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim Eigentum an Grund und Boden, beim Rechtsschutz und beim Zugang zu Mobiltelefonen deutlich, dass noch sehr viel getan werden muss, um die Geschlechtergleichstellung bis 2030 zu erreichen. Der vom Generalsekretär initiierte Systemweite Plan der Vereinten Nationen zur Geschlechtergleichstellung ist Ausdruck des Bestrebens, den Kurs zu korrigieren, um die gemeinsamen Bemühungen der Vereinten Nationen zugunsten der Geschlechtergleichstellung und der Rechte aller Frauen und Mädchen voranzutreiben.

Zielvorgabe 5.1

55. In 61 von 131 Ländern, für die Daten vorliegen, bestand 2024 mindestens eine Einschränkung, die Frauen daran hinderte, die gleichen Tätigkeiten wie Männer auszuüben. Nur 38 Länder hatten das Mindestheiratsalter auf 18 Jahre festgesetzt, und in lediglich 63 Ländern gab es Gesetze über Vergewaltigung auf der Grundlage mangelnder Zustimmung.

Zielvorgabe 5.3

56. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts hatte jede fünfte junge Frau im Alter von 20 bis 24 Jahren zum ersten Mal vor dem Alter von 18 Jahren geheiratet oder lebte in einer vergleichbaren Verbindung. Kinderheirat ist weltweit mittlerweile weniger verbreitet; ein Trend, der vor allem auf Fortschritte in Südasien zurückgeht. In Afrika südlich der Sahara ist der Anteil von Frauen in Kinderehen mit 31 Prozent nach wie vor am höchsten. Weltweit wurden über 230 Millionen Mädchen und Frauen Genitalverstümmelung unterzogen.

Zielvorgabe 5.4

57. Mit Stand von 2023 war der tägliche Zeitaufwand für Haus- sowie Pflege- und Betreuungsarbeit bei Frauen und Mädchen im Durchschnitt 2,5 Mal höher als bei Männern.

Zielvorgabe 5.5

58. 2024 hatten Frauen 27,2 Prozent der Sitze in Parlamenten inne, was über dem 2015 verzeichneten Anteil von 22,3 Prozent lag. In den Gemeinden war die Teilhabe von Frauen mit 35,5 Prozent größer. Seit 2015 ist der Frauenanteil in Führungspositionen um nur 2,4 Prozentpunkte gestiegen und erreichte 2023 30 Prozent. Angesichts dieser schleppenden Fortschritte wird es noch fast 100 Jahre dauern, bis die Geschlechterparität in Führungspositionen erreicht ist.

Zielvorgabe 5.6

59. Nach Daten aus 78 Ländern haben nur 56,3 Prozent der verheirateten oder in einer vergleichbaren Verbindung lebenden Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren volle Ent-

scheidungsmacht in Bezug auf ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und entsprechenden Rechte. Der niedrigste Grad an Autonomie wurde mit 36,8 Prozent für Afrika südlich der Sahara gemeldet, verglichen mit 87,2 Prozent in Europa.

Zielvorgabe 5.a

60. In 80 Prozent der Länder, für die Daten vorliegen, verfügt weniger als die Hälfte der Frauen über Eigentum oder gesicherte Rechte an landwirtschaftlichen Flächen. In jedem zweiten dieser Länder hat weniger als die Hälfte der Männer derartige Rechte. In knapp der Hälfte dieser Länder ist der Anteil der Männer, die Grundeigentümer sind, mindestens doppelt so hoch wie der der Frauen. Aus einer globalen Bewertung der Rechtsrahmen zum Schutz der Landrechte von Frauen in 84 Ländern geht hervor, dass in 58 Prozent dieser Länder familien-, erbschafts- und bodenrechtliche Fragen gesetzlich und politisch unzureichend geregelt sind.

Zielvorgabe 5.b

61. 2024 besaßen 77 Prozent der Frauen und 82 Prozent der Männer weltweit ein Mobiltelefon. Frauen waren mit etwa 7 Prozent geringerer Wahrscheinlichkeit als Männer Eigentümerinnen eines Mobiltelefons, während es 2021 noch 9,4 Prozent waren. Bei den Personen ohne Mobiltelefon überstieg die Zahl der Frauen die der Männer um 31 Prozent.

Ziel 6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

62. Trotz gewisser Fortschritte haben Milliarden Menschen noch immer keinen Zugang zu Trinkwasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung. Die Wassernutzungseffizienz nimmt zwar weltweit zu, ist jedoch in den meisten Ländern nach wie vor gering, und in mehreren Regionen der Welt herrscht anhaltend hoher Wasserstress. Die Umsetzung einer integrierten Bewirtschaftung der Wasserressourcen schreitet nur langsam voran, und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in diesem Bereich ist trotz der großen Zahl von Ländern mit gemeinsamen Wasserressourcen nach wie vor begrenzt. Die Erreichung von Ziel 6 erfordert ein globales Bekenntnis zur Gewährleistung der Wassersicherheit für alle bei gleichzeitigem Schutz der Wasserressourcen der Erde. Die 2024 vom Generalsekretär ernannte Sondergesandte für Wasser engagiert sich für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Süßwasserressourcen im Hinblick auf eine raschere Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele. Im Mittelpunkt der Systemweiten Strategie der Vereinten Nationen für Wasser- und Sanitärversorgung stehen Aufsichtsrahmen, finanzielle Ressourcen, Daten, Technologie und innovative Instrumente für Ziel 6 sowie die Unterstützung der Vorbereitungen für die Wasserkonferenz der Vereinten Nationen 2026 zur Beschleunigung der Umsetzung von Nachhaltigkeitsziel 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten.

Zielvorgaben 6.1 und 6.2

63. Zwischen 2015 und 2024 stieg der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu einer sicher verwalteten Trinkwasserversorgung von 68 auf 74 Prozent, zu einer sicher verwalteten Sanitärversorgung von 48 auf 58 Prozent und zu einer einfachen Hygieneversorgung von 66 auf 80 Prozent. Allerdings mussten 2024 2,1 Milliarden Menschen ohne sicher verwaltetes Trinkwasser, 3,4 Milliarden ohne eine sichere Sanitärversorgung und 1,7 Milliarden ohne eine einfache Hygieneversorgung auskommen. 2023 mangelte es 447 Millionen Kindern in Schulen in aller Welt an einer einfachen Trinkwasserversorgung, 427 Millionen an einer einfachen Sanitärversorgung und 646 Millionen an einer einfachen Hygieneversorgung.

Zielvorgabe 6.3

64. Nach Schätzungen auf der Grundlage von Daten aus 129 Ländern, in denen 89 Prozent der Weltbevölkerung leben, belief sich der Anteil der sicher behandelten Haushaltsabwässer 2022 auf 56 Prozent und blieb damit gegenüber 2020 unverändert.

Zielvorgabe 6.4

65. Zwischen 2015 und 2022 verbesserte sich die Wassernutzungseffizienz weltweit von 17,5 Dollar je Kubikmeter auf 21,5 Dollar je Kubikmeter, was einer Steigerung von 23 Prozent entspricht. In 57 Prozent der Länder ist die Effizienz jedoch noch immer gering und beträgt weniger als 20 Dollar je Kubikmeter. In Bezug auf Wasserstress waren zwischen 2015 und 2022 kaum Veränderungen festzustellen. Je nach Region fällt der Wasserstress sehr unterschiedlich aus, und Nordafrika und Westasien sowie Süd- und Zentralasien leiden unter extremer Knappheit.

Zielvorgabe 6.5

66. Bei der Umsetzung einer integrierten Bewirtschaftung der Wasserressourcen geht es weltweit nur langsam voran: 2017 lag der Grad der Umsetzung bei 49 Prozent, 2020 bei 54 Prozent und 2023 bei 57 Prozent. Zwar sind 153 Länder Anrainerstaaten gemeinsamer grenzüberschreitender Gewässer, doch haben nur 43 Länder für mindestens 90 Prozent dieser Gewässer operative Vereinbarungen getroffen, und mehr als 20 Länder haben keine derartigen Vereinbarungen.

Zielvorgabe 6.a

67. Die im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) geleisteten Zahlungen für den Wassersektor gingen zwischen 2022 und 2023 leicht zurück, und zwar von 8,9 Milliarden Dollar auf 8,7 Milliarden Dollar, waren jedoch noch immer höher als 2020 und 2021, als sie ihren Tiefststand seit 2015 erreichten. Die ODA-Zusagen für den Wassersektor gingen zwischen 2022 und 2023 noch deutlicher zurück, und zwar von 11,4 Milliarden auf 10,2 Milliarden Dollar.

Ziel 7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

68. Die Fortschritte in Bezug auf Ziel 7 sind beachtlich: Zwischen 2015 und 2023 stieg der weltweite Zugang zu Elektrizität von 87 auf 92 Prozent, der Zugang zu sauberen Brennstoffen zum Kochen erhöhte sich um 16 Prozent, und der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien nahm weiter zu. Allerdings verlangsamten sich die Fortschritte: In den Sektoren Verkehr und Wärme sind die erneuerbaren Energien im Rückstand, und die Steigerung der Energieeffizienz ist ins Stocken geraten. Zudem kommt nur ein kleiner Teil der weltweiten Investitionen im Energiebereich den Gebieten mit dem höchsten Bedarf zugute. Die Erreichung von Ziel 7 erfordert einen erheblichen Investitionsschub in den Schwellen- und Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika südlich der Sahara, um den Zugang zu Elektrizität und sauberen Kochmethoden zu verbessern, erneuerbare Energien auszuweiten, die Energieeffizienz zu steigern und die Politik- und Regulierungsrahmen zu stärken.

69. Die Energiepakete der Vereinten Nationen sind dazu gedacht, den Übergang zu sauberer Energie zu erleichtern und die Entwicklung technischer sowie grundsatz- und ordnungspolitischer Lösungen zu unterstützen, um Ziel 7 rascher zu erreichen, unter anderem durch die Tätigkeit des unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs eingesetzten Ingenieurrats für die Energiewende. Unterstützung erhalten die Länder auch über die Partnerschaft für eine gerechte Energiewende.

Zielvorgabe 7.1

70. 2023 erhöhte sich die weltweite Rate des Zugangs zu Elektrizität auf 92 Prozent, wodurch die Zahl der Menschen ohne einen solchen Zugang auf 666 Millionen und damit auf 18,8 Millionen weniger als 2022 sank. 85 Prozent der Menschen ohne Elektrizität leben in Afrika südlich der Sahara, zumeist in ländlichen Gebieten. Trotz jährlich 73 Millionen neuer Anschlüsse ans Netz hinkt der Fortschritt dem Bevölkerungswachstum hinterher, und auch 2030 werden möglicherweise noch 645 Millionen Menschen unversorgt sein. Um den allgemeinen Zugang zu verwirklichen, muss die jährliche Zugangsrate auf 1,2 Prozent gesteigert werden. 41 Prozent der unversorgten Bevölkerung könnten durch netzunabhängige Solarstromanlagen versorgt werden. Zwischen 2010 und 2023 konnten 45 Länder den allgemeinen Zugang verwirklichen, doch nur zwei davon liegen in Afrika südlich der Sahara.

71. Der Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberen Kochmethoden erreichte 2023 74 Prozent – 2015 waren es noch 64 Prozent –, doch 2,1 Milliarden Menschen sind nach wie vor auf umweltschädliche Brennstoffe angewiesen. Beim derzeitigen Trend werden 2030 noch immer 1,8 Milliarden Menschen beziehungsweise 22 Prozent der Bevölkerung keinen Zugang zu sauberen Kochmethoden haben.

Zielvorgabe 7.2

72. 2022 betrug der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieendverbrauch 17,9 Prozent. Der Anteil der modernen erneuerbaren Energien (ohne traditionelle Biomasse) stieg zwischen 2015 und 2022 von 10 auf 13 Prozent. An der Spitze steht der Elektrizitätssektor, in dem sich der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieendverbrauch 2022 auf 30 Prozent belief. Während im Verkehrssektor Biobrennstoffe mit einem Anteil an den erneuerbaren Energien von fast 90 Prozent dominieren, sind die Fortschritte in den Sektoren Wärme und Verkehr insgesamt nach wie vor begrenzt.

Zielvorgabe 7.3

73. Die globale Primärenergieintensität verbesserte sich 2022 um 2,1 Prozent, was dem Vierfachen der 2021 verzeichneten Rate von 0,5 Prozent entspricht und geringfügig über dem Durchschnitt für die Zeit nach 2015 liegt. Diese Verbesserung war jedoch teilweise auf die weltweite Energiekrise zurückzuführen. Die Fortschritte bleiben hinter der ursprünglichen jährlichen Zielvorgabe von 2,6 Prozent zurück. Um das Ziel zu erreichen, wäre für den Zeitraum 2022–2030 eine jährliche Verbesserung von 4 Prozent erforderlich.

Zielvorgabe 7.a

74. 2023 erhöhten sich die internationalen öffentlichen Finanzströme zur Förderung sauberer Energie in den Entwicklungsländern auf 21,6 Milliarden Dollar und damit um 27 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Trotz eines dreijährigen Wachstums liegen diese Ströme nach wie vor unter dem 2016 erreichten Höchststand von 28,4 Milliarden Dollar, und kommen in erster Linie den großen Volkswirtschaften unter den Entwicklungsländern zugute. Die Unterstützung reicht längst nicht aus, um den tatsächlichen Bedarf zu decken, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer.

Zielvorgabe 7.b

75. Die weltweiten Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energie erreichten 2023 ein historisches Hoch von 478 Watt pro Kopf, 13 Prozent mehr als 2022, wobei sie in den entwickelten Ländern auf 1.162 Watt und in den Entwicklungsländern auf 341 Watt pro Kopf stiegen. Wenngleich das Wachstum in den Entwicklungsländern mit 17 Prozent im Vergleich zu 8,1 Prozent in den entwickelten Ländern höher ausfiel, ist dort nach wie vor ein erheblicher Ausbau der modernen Energieinfrastruktur und -technologie erforderlich.

Ziel 8. Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

76. In den vergangenen zehn Jahren war die Fortschrittsbilanz bei Ziel 8 gemischt. Trotz bedeutender Errungenschaften, insbesondere bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Ausweitung des Zugangs zu Finanzmitteln, haben Rückschläge infolge der Pandemie der Coronavirus-Krankheit (COVID-19) und anhaltende Strukturprobleme die Fortschritte bei Produktivität, Beschäftigung und Arbeitnehmerschutz verlangsamt oder rückgängig gemacht, insbesondere für verwundbare Gruppen sowie in den am wenigsten entwickelten Ländern und kleinen Inselentwicklungsländern. Gerechte Übergänge in den formellen Sektor, insbesondere für Frauen und Jugendliche, flankiert durch eine engere Verknüpfung mit den Sozialschutzsystemen, sind für die Sicherung nachhaltiger Existenzgrundlagen und den Abbau von Ungleichheiten unerlässlich. Raschere Maßnahmen sind vonnöten, um die Arbeitsmärkte inklusiver, produktiver und resilienter zu gestalten, den Schutz für informell Beschäftigte sowie Arbeitsmigrantinnen und -migranten zu stärken und Initiativen für eine grüne und digitale Wirtschaft, die menschenwürdige Arbeit fördern, voranzutreiben. Im Hinblick auf raschere Fortschritte rief der

Generalsekretär das Globale Förderinstrument für Arbeitsplätze und Sozialschutz mit dem Ziel eines gerechten Übergangs ins Leben, das die Ausweitung und Konsolidierung von Sozialschutzsystemen und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsmöglichkeiten unterstützt. Eine weitere zentrale Maßnahme ist die Initiative der Vereinten Nationen zum wichtigen Übergang im Bereich Arbeitsplätze und Sozialschutz, die den Regierungen dabei behilflich ist, die Beschäftigungs- und Sozialschutzpolitik mit nationalen Entwicklungsplänen zu verknüpfen.

Zielvorgabe 8.1

77. Das globale reale Pro-Kopf-BIP verzeichnete im Laufe des Jahrzehnts ein leichtes Wachstum, das nach einem COVID-19-bedingten drastischen Rückgang um 3,8 Prozent im Jahr 2020 erneut anzog. 2021 erreichte das Wachstum einen Höchststand von 5,5 Prozent, verlangsamte sich jedoch 2023 auf 1,9 Prozent. 2024 dürfte es um mäßige 2,0 Prozent gestiegen sein, und für 2025 wird ein Anstieg um 1,5 prognostiziert. In den am wenigsten entwickelten Ländern waren die Schwankungen größer. Hier sank das reale BIP-Wachstum 2020 auf gerade einmal 0,5 Prozent und erholte sich bis 2022 auf 4,7 Prozent, bevor es sich 2023 wieder auf 3,5 Prozent und 2024 auf geschätzte 3,1 Prozent verlangsamte.

Zielvorgabe 8.2

78. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als BIP je Erwerbstätigen, stieg, nachdem sie im Zeitraum 2022–2023 nahezu stagniert hatte, 2024 erneut auf 1,5 Prozent. Erheblich beeinträchtigt wurde die Produktivität durch die Pandemie 2020, als die Produktion schneller sank als die Beschäftigungsquoten. Zwar erholte sich das Wachstum 2021, doch konnte es bislang nur zögerlich auf den Stand von vor der Pandemie zurückkehren.

Zielvorgabe 8.3

79. 2024 waren 57,8 Prozent der globalen Erwerbsbevölkerung informell beschäftigt und somit weder sozial abgesichert noch rechtlich geschützt. Dies entspricht einem Anstieg um 0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr und einer zusätzlichen Zahl informell Beschäftigter von 34 Millionen.

Zielvorgabe 8.5

80. Die weltweite Arbeitslosenquote fiel 2024 auf ein Rekordtief von 5,0 Prozent, während sie 2015 noch 6,0 Prozent betragen hatte. Allerdings fallen die Arbeitslosenquoten bei Frauen und Jugendlichen trotz Verbesserungen seit 2015 nach wie vor höher aus, und Jugendliche sind noch immer mit dreimal größerer Wahrscheinlichkeit arbeitslos als Erwachsene.

Zielvorgabe 8.6

81. 2024 war weltweit jeder fünfte junge Mensch (im Alter von 15 bis 24 Jahren) weder in einer allgemeinen oder beruflichen Bildung befindlich noch erwerbstätig und verpasste somit Gelegenheiten zum Erwerb von Qualifikationen oder Berufserfahrung. Junge Frauen gehören dieser Personengruppe mit mehr als doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit an wie junge Männer.

Zielvorgabe 8.8

82. Die Einhaltung der Arbeitsrechte hat sich zwischen 2015 und 2023 weltweit im Durchschnitt um 7 Prozent verschlechtert, wobei sie in den am wenigsten entwickelten Ländern am stärksten nachließ (minus 45,4 Prozent). Auch in den entwickelten Ländern ging sie zurück, und zwar um 16,5 Prozent. Anhaltende Verstöße untergraben das Wirken freier und unabhängiger Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und schränken den zivilgesellschaftlichen Raum zunehmend ein.

Ziel 9. Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

83. Seit 2015 ging es beim Ausbau der Infrastruktur, der Förderung des industriellen Wachstums und der Ankurbelung von Innovationen beachtlich voran. Allerdings bestehen nach wie vor ausgeprägte regionale Unterschiede, und viele Entwicklungsländer sind weiterhin mit systemischen Hindernissen für eine inklusive und nachhaltige Industrialisierung konfrontiert. Um Ziel 9 voranzubringen, müssen die Länder stärker in eine widerstandsfähige Infrastruktur sowie in Forschung und Entwicklung investieren, den Zugang zu Finanzmitteln für Kleinbetriebe ausweiten und die digitale Kluft überbrücken, indem sie erschwinglichen Breitband- und Innovationssystemen in den am stärksten unterversorgten Regionen der Welt Priorität einräumen. Die Vereinten Nationen fördern die digitale Inklusion durch Initiativen wie die Technologiebank für die am wenigsten entwickelten Länder und den Globalen Digitalpakt, der darauf abzielt, Lücken bei der Anbindung zu schließen, den Zugang zu Innovationen auszuweiten und sicherzustellen, dass die Vorteile der digitalen Transformation allen zugutekommen.

Zielvorgabe 9.1

84. Zwischen 2015 und 2023 stieg das globale Seefrachtvolumen, gemessen an den verladenen Gütern, von 10,3 auf 11,6 Milliarden Tonnen, wobei sich der Anteil der Entwicklungsländer von 49 auf 54 Prozent erhöhte. Angetrieben wurde diese Expansion von Asien, allen voran China, während die kleinen Inselentwicklungsländer und die Binnenentwicklungsländer aufgrund von Infrastruktur- und Kostenbarrieren marginalisiert blieben.

Zielvorgabe 9.2

85. Im Verarbeitenden Gewerbe zog das globale jährliche Wachstum 2021 mit einem Zuwachs um 9,2 Prozent wieder spürbar an, pendelte sich 2022 bei 2,2 Prozent ein und fiel 2023 infolge der geopolitischen und wirtschaftlichen Unbeständigkeit auf 1,7 Prozent. 2024 stieg das Wachstum auf 2,7 Prozent, während sich die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe pro Kopf zwischen 2015 und 2024 weltweit von 1.649 auf 1.934 Dollar und damit um 17,3 Prozent erhöhte.

86. Der Anteil der Erwerbstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe an der Erwerbstätigkeit insgesamt verharrte zwischen 2015 und 2020 konstant bei 14,3 Prozent und sank 2023 infolge von pandemiebedingten Störungen, geopolitischen Spannungen und Sanktionen auf 14,1 Prozent.

Zielvorgabe 9.3

87. Den vorliegenden Daten zufolge verfügen weltweit 31 Prozent der Kleinunternehmen im Verarbeitenden Gewerbe über ein Darlehen oder einen Kreditrahmen, in Afrika südlich der Sahara jedoch nur 18 Prozent.

Zielvorgabe 9.4

88. 2024 stiegen die globalen CO₂-Emissionen aus der Kraftstoffverbrennung und industriellen Prozessen gegenüber 2023 um 0,8 Prozent auf ein Rekordhoch von 37,6 Gigatonnen. Während der zunehmende Erdgas- und Kohleverbrauch die Emissionen in die Höhe trieb, ließen die Rekordtemperaturen den Elektrizitätsbedarf für die Kühlung steigen. Durch den Ausbau von Technologien für saubere Energie, etwa Solar-, Wind- und Kernkraft, konnte der potenziell dreifach höhere Emissionsanstieg jedoch abgeschwächt werden.

Zielvorgabe 9.5

89. Die weltweiten Ausgaben für Forschung und Entwicklung stiegen zwischen 2015 und 2022 um jährlich 5,1 Prozent. Der Anteil von Forschung und Entwicklung am weltweiten BIP erhöhte sich 2022 von 1,72 auf 1,95 Prozent. In vielen Entwicklungsländern gingen die Investitionen in Forschung und Entwicklung im Verhältnis zum BIP jedoch zurück.

90. Zwischen 2015 und 2022 nahm die Anzahl der in Forschung und Entwicklung tätigen Personen um jährlich 4,3 Prozent zu, ein Trend, der vor allem von Ost- und Südostasien ausging. Infolgedessen stieg die Anzahl dieser Personen je Million Einwohner/-innen im genannten Zeitraum von 1.137 auf 1.420. 31,1 Prozent dieser Beschäftigten waren Frauen.

Zielvorgabe 9.b

91. Seit 2015 ist der Anteil der Wertschöpfung der Medium- und High-Tech-Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes moderat gestiegen und belief sich 2022 auf 44,47 Prozent. Nach wie vor bestehen regionale Unterschiede: In Europa und Nordamerika betrug der Anteil dieser Sektoren 48,57 Prozent, in Afrika südlich der Sahara dagegen nur 16,40 Prozent.

Zielvorgabe 9.c

92. 2024 waren 51 Prozent der Weltbevölkerung durch ein 5G-Netz abgedeckt. In den Hocheinkommensländern waren es 84 Prozent, in den Niedrigeinkommensländern 4 Prozent. Die 4G-Abdeckung erreichte 92 Prozent weltweit. Allerdings verfügen 15 Prozent der Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern und 14 Prozent in den Binnenentwicklungsländern nicht über einen mobilen Breitbandanschluss.

Ziel 10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

93. Die Weltwirtschaft ist von einer Dynamik der Kontraste geprägt, bei der ein widerstandsfähiger Bankensektor einem sinkenden Arbeitseinkommen gegenübersteht, wodurch sich die Ungleichheit verschlimmert. Wenngleich die meisten Länder ein armutsminderndes Wachstum verzeichnen, stehen noch immer 12 Prozent der Bevölkerung weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung, wobei Lateinamerika und die Karibik am stärksten betroffen sind. Zugleich ist die Zahl der Flüchtlinge, die vor allem aus Afghanistan, der Arabischen Republik Syrien, der Ukraine und Venezuela (Boliviarische Republik) stammen, auf 37,8 Millionen angestiegen, was die humanitäre Krise weiter verschärft. Arbeitsmigrantinnen und -migranten werden durch steigende Rücküberweisungskosten zusätzlich belastet, was die Notwendigkeit von Politikmaßnahmen zur Steigerung des Arbeitseinkommens, zur Unterstützung von Flüchtlingen und zur Stärkung der finanziellen Resilienz im Hinblick auf ein inklusives Wachstum verdeutlicht. Die Vereinten Nationen bekämpfen Ungleichheit durch Initiativen wie die Empfehlung (Nr. 202) der Internationalen Arbeitsorganisation betreffend den sozialen Basisschutz, 2012, die einen universellen Sozialschutz fördert. Mit ihrer Strategie zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen stellen die Vereinten Nationen sicher, dass sie umfassend dafür gerüstet sind, den Rechten und Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen ihrer Arbeit Rechnung zu tragen.

Zielvorgabe 10.1

94. Mehr als der Hälfte der 108 Länder, für die Daten vorliegen, gelang es, bei den ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes Einkommenswachstum zu erreichen. Allerdings bestehen erhebliche regionale Unterschiede, und die Länder in Ost- und Südostasien, Europa und Nordamerika können im Durchschnitt das meiste armutsmindernde Wachstum gewährleisten.

Zielvorgabe 10.2

95. Zwei Drittel der 128 Länder, für die Daten vorliegen, haben den Anteil der Menschen, deren Einkommen weniger als 50 Prozent des Medians beträgt, seit 2000 gesenkt. Dennoch liegt das Einkommen von durchschnittlich 12 Prozent der Bevölkerung unterhalb dieser Schwelle. Im Gefolge von COVID-19 ging dieser Anteil in den meisten Regionen weiter zurück. Die regionalen Unterschiede sind beträchtlich: Am größten ist die Ungleichheit in Lateinamerika und der Karibik, wo im Durchschnitt fast ein Fünftel mit weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens des jeweiligen Landes auskommen muss.

Zielvorgabe 10.4

96. Zwischen 2015 und 2024 sank der Anteil des globalen Arbeitseinkommens von 52,9 auf 52,3 Prozent, was einem Verlust von durchschnittlich 255 Dollar (Kaufkraftparität) je erwerbstätiger Person entspricht. Dieser Rückgang, der einkommensschwächere Beschäftigte am meisten trifft, trägt zu wachsender Ungleichheit bei.

Zielvorgabe 10.7

97. Mitte 2024 belief sich die Zahl der dem Mandat des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen unterstellten Flüchtlinge, darunter Menschen in einer flüchtlingsähnlichen Situation und andere Personen, die internationalen Schutz benötigten, weltweit auf 37,8 Millionen. Zwei Drittel stammten aus nur vier Ländern – Afghanistan, Arabische Republik Syrien, Ukraine und Venezuela (Bolivarische Republik). Die Flüchtlingsdichte betrug 460 je 100.000 Menschen weltweit und war damit mehr als doppelt so hoch wie 2015 und dreimal so hoch wie 2005.

Zielvorgabe 10.c

98. Im zweiten Quartal 2024 stiegen die Kosten für die Rücküberweisung eines Betrags von 200 Dollar weltweit an. Faktoren, die zu diesem Kostenanstieg beitrugen, waren unter anderem überdurchschnittliche Steigerungen in den wichtigsten Herkunftsländern von Rücküberweisungen und höhere Fremdwährungsmargen in bestimmten Korridoren.

Ziel 11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

99. Die Verstädterung schreitet weiter voran: Derzeit lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, und bis 2050 dürfte ihr Anteil auf nahezu 70 Prozent ansteigen. Allerdings stehen die Städte vor immer größeren Herausforderungen, darunter zunehmende städtische Armut, eine wachsende Slumbevölkerung, unzureichende öffentliche Verkehrsmittel und von Katastrophen ausgehende Gefährdungen der Infrastruktur. Um Ziel 11 voranzubringen, benötigen die Städte integrierte Strategien mit Schwerpunkt auf bezahlbarem und inklusivem Wohnraum, einer partizipatorischen Stadtplanung, der Erhaltung des Erbes und einer stärkeren lokalen Verwaltungsführung, allesamt auf der Grundlage robuster aufgeschlüsselter Daten. Eine der Initiativen zur Beschleunigung der Fortschritte bei Ziel 11 ist das Bündnis Local2030, das Maßnahmen zu den Nachhaltigkeitszielen auf lokaler Ebene vorantreibt, indem es Institutionen der Vereinten Nationen, Kommunalverwaltungen und andere Partnerinnen und Partner zusammenbringt.

Zielvorgabe 11.1

100. Die Bezahlbarkeit von Wohnraum ist ein drängendes Problem, das weltweit zwischen 1,6 und 3 Milliarden Menschen betrifft und von Wohnungslosigkeit über Überbelegung bis hin zu einer mangelnden Grundversorgung reichende Herausforderungen umfasst. Nach neueren Daten aus 124 Ländern liegt die durchschnittliche Belastung durch Wohnkosten weltweit bei 31 Prozent, wobei es in Afrika südlich der Sahara 43,5 Prozent gegenüber 21,4 Prozent in Europa und Nordamerika sind.

Zielvorgabe 11.4

101. Im Zeitraum von 2019 bis 2023 stiegen die öffentlichen Mittel für den Schutz des Welterbes leicht an, waren jedoch mit 21,22 Dollar pro Kopf (Preise von 2017 (Kaufkraftparität)) nach wie vor unzureichend und unterschieden sich stark zwischen den Entwicklungsländern (3,86 Dollar pro Kopf) und den entwickelten Ländern (83,30 Dollar pro Kopf).

Zielvorgabe 11.5

102. Zwischen 2015 und 2023 wurden im Durchschnitt jährlich 92.199 kritische Infrastruktureinheiten und -einrichtungen durch Katastrophen zerstört oder beschädigt. Zudem beeinträchtigten Katastrophen jedes Jahr mehr als 1,6 Millionen Grundversorgungsangebote, darunter Bildungs- und Gesundheitsdienste.

Zielvorgabe 11.a

103. 2023 gingen 68 Länder im Rahmen ihrer nationalen Städtepolitik die folgenden zentralen Entwicklungsbelange an: Reaktion auf die Bevölkerungsdynamik (59 Länder gegenüber 54 im Jahr 2021), Gewährleistung einer ausgewogenen Raumentwicklung (55 Länder, unverändert seit 2021) und Vergrößerung des lokalen fiskalischen Spielraums (33 Länder gegenüber 26 im Jahr 2021). Bei der fiskalischen Dezentralisierung geht es nach wie vor nur begrenzt voran.

Zielvorgabe 11.b

104. 2024 verbesserte sich die Steuerung der Katastrophenvorsorge auf lokaler Ebene: 110 Länder und etwa 73 Prozent der Gemeinden verfügten nach eigenen Angaben über lokale Strategien in diesem Bereich.

Ziel 12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

105. Die Bemühungen um Nachhaltigkeit schreiten weltweit voran, und die Zahl der Politikkonzepte zur Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster wächst. Umweltübereinkommen werden nach wie vor umfassend eingehalten. Allerdings bestehen anhaltende Herausforderungen, darunter eine wenig nachhaltige Entsorgung von Elektroschrott und hohe Subventionen für fossile Brennstoffe. Die Berichterstattung über unternehmerische Nachhaltigkeit wurde deutlich ausgeweitet, und die meisten großen Unternehmen legen ihre Umweltleistung nun über standardisierte Mechanismen offen. Diese Trends verdeutlichen die Fortschritte, zugleich aber auch die Notwendigkeit einer weiteren Schwerpunktsetzung auf Abfallentsorgung, Energieeinsparung und Emissionsminderung. Die Vereinten Nationen bringen Ziel 12 durch Initiativen wie den Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster voran, der den Ländern dabei hilft, eine nachhaltige Konsumpolitik umzusetzen und die Abfallbewirtschaftung zu verbessern.

Zielvorgabe 12.1

106. Mit Stand von 2025 wurden 530 politische Instrumente im Zusammenhang mit nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern unter Beteiligung von 71 Ländern erfasst, was einem Anstieg um 6 Prozent gegenüber dem vorangegangenen Berichtszyklus entspricht.

Zielvorgaben 8.4 und 12.2

107. Zwischen 2015 und 2022 nahm die inländische Materialnutzung weltweit um 23,3 Prozent zu, und die Nutzung pro Kopf erhöhte sich auf 14,2 Tonnen. Am stärksten fiel der Anstieg bei nichtmetallischen Mineralen mit 39 Prozent aus, während es bei Biomasse, Metallerzen und fossilen Brennstoffen 11,8 Prozent, 7,4 Prozent beziehungsweise 6,2 Prozent waren. Lateinamerika und die Karibik verzeichneten mit 132 Prozent den höchsten Zuwachs. Der Rohstoff-Fußabdruck wuchs um 21,3 Prozent, wobei regionale Ungleichheiten fortbestanden.

Zielvorgabe 12.3

108. 2022 gab es 1,05 Milliarden Tonnen Lebensmittelabfälle, und 60 Prozent dieser Abfälle stammten aus Haushalten, was mehr als 1 Milliarde weggeworfener Mahlzeiten entspricht. Weltweit sind zunehmend Bemühungen um weniger Lebensmittelabfälle im Gange, und Länder wie Japan und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland konnten ihr Abfallaufkommen um 31 beziehungsweise 18 Prozent senken, was zeigt, dass ein umfassendes Vorgehen möglich ist.

Zielvorgabe 12.5

109. 2022 stieg das weltweite Elektroschrottaufkommen auf einen Rekordwert von 7,8 kg pro Kopf, von denen nur 22,3 Prozent ordnungsgemäß entsorgt wurden, ein Wert, der seit 2010 rückläufig ist. Unkontrollierte grenzüberschreitende Verbringung findet nach wie vor in erheblichem Umfang statt.

Zielvorgabe 12.6

110. Für große Unternehmen ist die Nachhaltigkeitsberichterstattung zur Norm geworden: Entsprechende Berichte werden nun von 96 Prozent der 250 umsatzstärksten Unternehmen der Welt und 79 Prozent der 100 führenden Unternehmen in jedem betrachteten Land verfasst, während es 2015 noch 64 Prozent waren. Bedingt durch Berichtspflichten und internationale Normen stieg die Zahl der Nachhaltigkeitsberichte zwischen 2016 und 2023 um das Vierfache, ein Trend, zu dem vor allem Unternehmen in Asien, Europa und Nordamerika beitrugen.

Zielvorgabe 12.c

111. 2023 sanken die Subventionen für fossile Brennstoffe gegenüber dem 2022 verzeichneten Rekordwert von 1,68 Billionen Dollar um 34,47 Prozent auf 1,10 Billionen Dollar, hauptsächlich infolge niedrigerer Energiepreise und der Einstellung von Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen von COVID-19. Allerdings fallen die Subventionen noch immer etwa dreimal höher aus als vor der COVID-19-Pandemie, was nicht auf eine dauerhafte Umkehr der jüngsten Trends hindeutet.

Ziel 13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

112. Der vom Menschen verursachte Klimawandel erreichte 2024 ein alarmierendes neues Ausmaß, und bestimmte Folgen sind bereits jetzt für Jahrhunderte unumkehrbar. Die Erdtemperatur erreichte Rekordwerte und überschritt zeitweise den Schwellenwert von 1,5°C, was die dringende Notwendigkeit einer Eindämmung der Treibhausgasemissionen verdeutlicht. Extreme Wetterereignisse, darunter tropische Wirbelstürme, Überschwemmungen und Dürren, ließen die Zahl der neu Vertriebenen auf den höchsten Stand seit 16 Jahren ansteigen, verschärften Nahrungsmittelkrisen und brachten massive wirtschaftliche Verluste und soziale Instabilität mit sich. Dennoch ist es durch kühnes Handeln noch immer möglich, die Erderwärmung langfristig auf 1,5°C zu begrenzen. Jeder Bruchteil eines Grades zählt, wenn es darum geht, Risiken zu mindern, Kosten zu senken sowie katastrophale und irreversible Schäden für die Menschen und die Erde zu verhüten. Auf der neunundzwanzigsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen legten die Staaten ein neues gemeinsames quantifiziertes Ziel für die Klimafinanzierung fest, erstellten Leitlinien für die vollständige Operationalisierung von Artikel 6 des Übereinkommens von Paris zum Thema CO₂-Märkte und gingen zusätzliche Verpflichtungen zur Minderung, Anpassung und Operationalisierung des Fonds zum Ausgleich von Verlusten und Schäden ein.

Zielvorgabe 13.1

113. Im Zeitraum 2014–2023 sank die Zahl der Toten und Vermissten im Zusammenhang mit Katastrophen von 1,61 auf 0,79 je 100.000 Einwohner/-innen. Dennoch forderten Katastrophen in den vergangenen zehn Jahren jährlich 41.647 Menschenleben. Die Zahl der von Katastrophen betroffenen Menschen schnellte um mehr als zwei Drittel nach oben, und zwar von 1.158 je 100.000 Einwohner/-innen im Zeitraum 2005–2014 auf 2.028 im Zeitraum 2014–2023, und im letzten Jahrzehnt waren im Durchschnitt jährlich 124 Millionen Menschen betroffen.

114. Mit Stand von 2024 hatten 131 Länder nach eigenen Angaben nationale Strategien zur Katastrophenvorsorge beschlossen und umgesetzt, während es 2015 noch 57 waren.

Zielvorgabe 13.2

115. 2024 war wohl das erste Jahr, in dem die Erdtemperatur die Schwelle von 1,5°C überschritt, und mit 1,55°C über dem vorindustriellen Niveau das wärmste Jahr seit 175 Jahren. Grund dafür waren steigende Treibhausgasemissionen, El Niño und andere Faktoren. 2023 blieb die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre auf dem höchsten Stand seit mehr als 2 Millionen Jahren und lag 151 Prozent über dem vorindustriellen Niveau.

Zielvorgabe 13.a

116. Nach Angaben des Ständigen Finanzausschusses des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen betrug die globale Klimafinanzierung im Zweijahreszeitraum 2021–2022 jährlich durchschnittlich 1,3 Billionen Dollar, was einem Anstieg um 63 Prozent gegenüber dem Zeitraum 2019–2020 entspricht und auf höhere Investitionen in zentrale Bereiche der Klimaschutzpolitik zurückzuführen ist. Den größten Anstieg verzeichnete der nachhaltige Verkehr (96 Prozent), gefolgt von sauberer Energie (53 Prozent) sowie Gebäuden und Infrastruktur (41 Prozent). Auch die nachgewiesene Anpassungsfinanzierung erhöhte sich, und zwar um 28 Prozent auf 63 Milliarden Dollar jährlich, hauptsächlich durch Zusagen von Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen.

Ziel 14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

117. Die Meereswirtschaft ernährt Millionen von Menschen weltweit, ist jedoch wachsenden Bedrohungen durch Überfischung, Verschmutzung und Klimawandel ausgesetzt. Trotz jahrzehntelanger Erhaltungsmaßnahmen treiben steigende CO₂-Emissionen die Ozeanversauerung und Schädigung der Meeresökosysteme weiter voran. Selbst durch verstärkte Durchsetzungsbemühungen konnten die Überfischung und illegale Praktiken, die die Fischbestände dezimieren, nicht ausreichend eingedämmt werden. Die Kleinfischerei findet mehr Rückhalt, erfordert jedoch zusätzlichen Schutz. Zur Bewahrung der Ozeane für künftige Generationen sind zwingend eine Ausweitung der Investitionen in nachhaltige Fischereipraktiken, die umfassende Erhaltung der Meeresressourcen und eine engere internationale Zusammenarbeit vonnöten. Die Konferenzen der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Verwirklichung von Ziel 14 der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen) haben weltweite Maßnahmen zum Schutz der Ozeane im Einklang mit Ziel 14 angestoßen.

Zielvorgabe 14.2

118. 2024 waren 126 Länder und Hoheitsgebiete – 20 Prozent mehr als 2023 – an Initiativen zur Meeresraumplanung, einem Instrument zur Umsetzung ökosystembasierter Ansätze für die Bewirtschaftung von Meeresgebieten, beteiligt. Allerdings verfügen nur 45 von ihnen über formell genehmigte Meeresraumpläne.

Zielvorgabe 14.3

119. Die Ozeanversauerung verschlimmert sich, da der durchschnittliche pH-Wert an der Oberfläche infolge steigender CO₂-Emissionen weltweit sinkt. Die fortschreitende Versauerung bedroht das Leben im Meer und die Stabilität des Klimas. Die Erhöhung der Zahl der Messstationen (von 178 im Jahr 2021 auf 765 im Jahr 2025) verdeutlicht die Notwendigkeit einer Ausweitung der Hochfrequenz- und Langzeitüberwachung zur Erarbeitung wirksamer Abschwächungs- und Anpassungsstrategien.

Zielvorgabe 14.4

120. 2021 galten 37,7 Prozent der weltweiten Fischbestände und damit mehr als 2019 (35,4 Prozent) als überfischt. Während es zuvor Anzeichen für eine langsamere Abnahme der Bestände gegeben hatte, bestätigen die jüngsten Daten eine anhaltende Verschlechterung.

Zielvorgabe 14.6

121. Nach wie vor wird die Nachhaltigkeit der globalen Fischerei durch illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei bedroht. Mit Stand von Januar 2025 waren 78 Vertragsparteien (65 Prozent der Küstenstaaten) dem Übereinkommen über Hafenstaatmaßnahmen zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, ungemeldeten und unregulierten Fischerei, dem ersten verbindlichen internationalen Rechtsinstrument zur Bekämpfung derartiger Praktiken, beigetreten. Weltweit ist der durchschnittliche Umsetzungsgrad der Länder mit einer Wertung von 4 von 5 Punkten gegenüber 3 von 5 Punkten im Jahr 2018 konstant geblieben.

Zielvorgabe 14.b

122. 2024 jährte sich die Verabschiedung der Freiwilligen Leitlinien für die Sicherung einer nachhaltigen Kleinfischerei im Kontext der Ernährungssicherheit und der Armutsbeseitigung zum zehnten Mal, und sie werden weltweit zunehmend übernommen. Ausgehend von Berichten aus 112 Ländern sank die globale Durchschnittswertung, die die Umsetzung von Rechtsinstrumenten zur Anerkennung und zum Schutz von Zugangsrechten für die Kleinfischerei abbildet, zwischen 2022 und 2024 jedoch von 5 (sehr hohe Umsetzung) auf 4 (hohe Umsetzung). Der seit 2018 verzeichnete Gesamttrend ist jedoch positiv, und seit 2020 erstatten mehr Länder Bericht.

Ziel 15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

123. Die globale Waldfläche schrumpft, die Erhaltung der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete ist ins Stocken geraten, und das Artensterben beschleunigt sich. Weitere Bedrohungen für die Ökosysteme und die Entwicklungsaussichten sind Wüstenbildung, Land- und Bodendegradation, Dürre und Entwaldung. Wenngleich immer mehr Länder Rechtsrahmen zum Schutz von Biodiversität und Umwelt beschließen, geht es in Bezug auf Ziel 15 insgesamt nach wie vor nur langsam voran, und bei der Bewahrung gesunder, für die Menschheit lebenswichtiger Böden und Ökosysteme bestehen erhebliche Defizite. Die Konferenzen der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den von Dürre und/oder Wüstenbildung schwer betroffenen Ländern, insbesondere in Afrika, und des Übereinkommens über die biologische Vielfalt haben dazu beigetragen, Ressourcen zu mobilisieren und globale Zielsetzungen zur Unterstützung von Erhaltung und Wiederherstellung, nachhaltiger Waldbewirtschaftung und naturnahen Lösungen, die Resilienz, Lebensgrundlagen und Inklusion fördern, voranzubringen. Der 2022 beschlossene Globale Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal hat der Umsetzung neue Impulse verliehen.

Zielvorgaben 15.1 und 15.2

124. Die Waldfläche der Erde schrumpft weiter, wenn auch langsamer als in früheren Jahrzehnten. Der Anteil der Waldfläche an der gesamten Landfläche ging zwischen 2000 und 2020 von 31,9 auf 31,2 Prozent zurück. Allerdings sind Verbesserungen bei der nachhaltigen Waldbewirtschaftung festzustellen, und der Anteil der von Bewirtschaftungsplänen und Schutzgebieten erfassten Wälder nimmt zu.

Zielvorgaben 14.5, 15.1 und 15.4

125. Weltweit stieg der durchschnittliche Anteil der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete, die als Schutzgebiete in Meeres-, Land-, Süßwasser- und Gebirgsökosystemen ausgewiesen sind, zwischen 2000 und 2024 von etwa 25 auf rund 44 Prozent. Seit 2015 stagnieren die Fortschritte jedoch weitgehend.

Zielvorgabe 15.5

126. Die Veränderungen beim aggregierten Aussterberisiko von Arten, das unter Verwendung des Rote-Liste-Index der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur gemessen wird, lassen für den Zeitraum von 1993 bis 2024 eine Verschlechterung um mehr als 12 Prozent (und seit 2015 um 4 Prozent) erkennen. Am gravierendsten ist diese Verschlechterung in Zentral- und Südasien sowie in Ost- und Südostasien.

Zielvorgabe 15.6

127. Mit Stand von 2024 hatten 76 Länder (gegenüber 5 Ländern im Jahr 2015) Berichte über ihre rechtlichen, administrativen oder politischen Maßnahmen nach dem Protokoll von Nagoya über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt und 97 Länder (gegenüber 12 im Jahr 2015) Berichte über entsprechende Maßnahmen nach dem Internationalen Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft vorgelegt.

Zielvorgabe 15.9

128. Die Umsetzung des internationalen statistischen Standards zur Messung von Umwelt und Ökosystemen und deren Wechselwirkungen mit der Wirtschaft in den Ländern nahm zwischen 2017 und 2024 um 36 Prozent zu. Trotz einer Verlangsamung des Anstiegs in den letzten Jahren dürfte die Akzeptanz des Standards in Anbetracht dessen, dass er zentrale Indikatoren des Globalen Biodiversitätsrahmens von Kunming-Montreal unterstützt, wachsen.

Ziel 16. Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

129. Immer häufigere, intensivere und länger andauernde Konflikte in aller Welt haben verheerende Folgen für das Leben der Menschen, ihre Gemeinschaften und ihre Zukunft. Gewalt gegen Frauen, Kinder und marginalisierte Gruppen ist nach wie vor weit verbreitet. Im Zweijahreszeitraum 2023–2024 erhöhte sich die Zahl der Kinder und Frauen, die Opfer bewaffneter Konflikte sind, gegenüber dem vorangegangenen Zweijahreszeitraum um das Vierfache. Trotz Fortschritten bei der Akkreditierung von Menschenrechtsinstitutionen fühlt sich die Bevölkerung in vielen politischen Systemen nicht vollständig vertreten, was mit Vertrauensverlust einhergeht. Die hohe Zahl der Personen in Untersuchungshaft und der eingeschränkte Zugang zur Justiz verdeutlichen die Notwendigkeit von inklusiver Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit. Für einen dauerhaften Frieden ist ein dringendes globales Bekenntnis zu guter Regierungsführung, Menschenrechten, gleichem Zugang zur Justiz und rechenschaftspflichtigen Institutionen mit Schwerpunkt auf Diplomatie und Dialog vonnöten. Im Rahmen des Globalen Programms des UNDP für die Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Justiz und Sicherheit zugunsten von dauerhaftem Frieden und nachhaltiger Entwicklung werden integrierte Initiativen zur Stärkung nationaler Institutionen, zur Förderung der Rechenschaftslegung und zur Gewährleistung der Einhaltung von Menschenrechtsverpflichtungen unterstützt. Das Programm verbessert Justiz- und Sicherheitsmechanismen, indem es rechtliche Dienste und Beratung bereitstellt, Kapazitäten bei Staatsanwaltschaften, der Polizei und Anbietern rechtlicher Unterstützung aufbaut sowie den Zugang zur Justiz für Binnenvertriebene und Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt erleichtert. Darüber hinaus ist es den Regierungen bei der Entwicklung nationaler Aktionspläne zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte behilflich und fördert eine am Menschen orientierte Polizeiarbeit.

Zielvorgabe 16.1

130. Die weltweite Tötungsrate fiel zwischen 2020 und 2021 von 5,9 auf 5,2 Opfer je 100.000 Einwohner/-innen. Sollte dieser Trend anhalten, wird die Rate bis 2030 gegenüber 2015 um 25 Prozent sinken, was allerdings bedeutet, dass die angestrebte Verringerung um 50 Prozent nicht erreicht wird.

131. 2024 stieg die Zahl der konfliktbezogenen Todesfälle gegenüber 2023 um 40 Prozent auf mindestens 48.384 und damit im dritten Jahr in Folge stark. Zwar sind die meisten Opfer Zivilpersonen, doch ist ihr Status bei heftigen Feindseligkeiten oft nicht zu erkennen. Gegenüber dem Zweijahreszeitraum 2021–2022 wurden im Zweijahreszeitraum 2023–2024 etwa 337 Prozent mehr Kinder und 258 Prozent mehr Frauen getötet, wobei 8 von 10 Todesfällen unter Kindern und 7 von 10 unter Frauen in den besetzten palästinensischen Gebieten zu verzeichnen waren.

Zielvorgabe 16.2

132. Weltweit sind 1,6 Milliarden Kinder und damit zwei Drittel zu Hause regelmäßig gewalttätiger Bestrafung durch Betreuungspersonen ausgesetzt. In den meisten der 84 Länder (zumeist mit niedrigem oder mittlerem Einkommen), für die Daten aus dem Zeitraum 2016–2024 verfügbar sind, liegt der Anteil bei über 50 Prozent.

133. 2022 waren 34 Prozent der weltweit ermittelten Opfer von Menschenhandel Kinder, 2004 dagegen noch 13 Prozent. Die Formen der Ausbeutung unterscheiden sich je nach Geschlecht: 60 Prozent der Mädchen, die Opfer von Menschenhandel sind, erleiden sexuelle Ausbeutung, während 45 Prozent der von Menschenhandel betroffenen Jungen in

Zwangsarbeit gefangen sind und 47 Prozent zu anderen Zwecken wie Zwangskriminalität und Betteln ausgebeutet werden.

134. Sexuelle Gewalt gegen Kinder ist allgegenwärtig. Weltweit haben schätzungsweise mehr als 370 Millionen Mädchen und Frauen (jede achte) und 240 bis 310 Millionen Jungen und Männer (jeder elfte) in ihrer Kindheit sexuelle Kontaktgewalt (das heißt Vergewaltigung oder sexuelle Nötigung) erlebt. Noch höher ist das Risiko in fragilen Gebieten, wo etwas mehr als jedes vierte Mädchen betroffen ist.

Zielvorgabe 16.3

135. Nach Daten aus 92 Ländern (2010–2024) betrug der Anteil der Opfer von physischen Übergriffen und Raubüberfällen in den vorangegangenen 12 Monaten, die dies den zuständigen Behörden angezeigt haben, im Median 36 Prozent beziehungsweise 45 Prozent. Bei sexuellen Übergriffen lag die Anzeigequote im Median bei 15 Prozent.

136. 2023 waren 11,7 Millionen Menschen in Haft, was einer Quote von 145 je 100.000 Einwohner/-innen entspricht. Ein Drittel (3,7 Millionen) befand sich in Untersuchungshaft, ein Anteil, der zwischen 2015 und 2023 konstant blieb.

Zielvorgabe 16.4

137. Für Ermittlungen zu illegalen Feuerwaffen ist eine Rückverfolgung unabdingbar, doch stellt die weltweite Umsetzung nach wie vor eine Herausforderung dar. Zwischen 2016 und 2023 konnten die Mitgliedstaaten, zu denen Daten vorliegen, im Durchschnitt rund 42 Prozent der potenziell rückverfolgbaren beschlagnahmten Waffen tatsächlich rückverfolgen. Illegale Waffenströme werden auch durch die Zerstörung von Waffen eingedämmt; im Zweijahreszeitraum 2022–2023 wurden 717.712 Waffen beseitigt.

Zielvorgabe 16.6

138. Die Budgetplanung der Länder wird im Gefolge der Pandemie verlässlicher: 2020 erreichten die Abweichungen auf der Ausgabenseite einen Höchststand von 12,6 Prozent, ein Wert, der sich 2023 auf 9,6 Prozent verbesserte.

139. Weltweit ist die Mehrheit der Menschen neuesten Umfragedaten (2015–2024) zufolge mit den öffentlichen Dienstleistungen zufrieden. Am höchsten sind die Zufriedenheitsbewertungen für die Verwaltungsdienste (67 Prozent), gefolgt vom Bildungswesen (58–79 Prozent) und der Gesundheitsversorgung (57 Prozent).

Zielvorgabe 16.7

140. 2024 wurden mehr als 12.000 Parlamentssitze in 59 Ländern neu besetzt, was nahezu die Hälfte der Weltbevölkerung betraf, jedoch kaum Veränderungen bei der Vertretung bewirkte. Die Zahl der Sitze von Frauen in Parlamenten erhöhte sich um lediglich 0,3 Punkte, während bei der Besetzung von Ausschussvorsitzen ein moderater Zugewinn von 1,6 Punkten seit 2020 verzeichnet wurde. Frauen sind im öffentlichen Dienst und in der Justiz nach wie vor unterrepräsentiert, und ihr Anteil an den Parlamentsvorsitzen war leicht rückläufig. Bei jüngeren Parlamentsabgeordneten ist das Geschlechterverhältnis ausgewogener, was mögliche künftige Verschiebungen nahelegt. Abgeordnete, die 45 Jahre und jünger sind, haben nun 32,6 Prozent der Parlamentssitze inne, doch hat sich dieser Trend bislang nicht in mehr Führungsrollen niedergeschlagen.

141. Nach Daten aus 83 Ländern glauben weniger als 45 Prozent der Menschen, dass ihre politischen Systeme bedarfsorientiert sind und dass ihre Meinung Einfluss auf Entscheidungen hat, und in wohlhabenderen Regionen ist das Vertrauen noch geringer. Zudem sind Frauen mit geringerer Wahrscheinlichkeit als Männer der Ansicht, dass sie ein Mitspracherecht bei staatlichen Entscheidungen haben.

Zielvorgabe 16.9

142. Weltweit wird bei fast 8 von 10 Kindern unter 5 Jahren (mehr als 500 Millionen) eine Geburtenregistrierung vorgenommen; bei 150 Millionen Kindern wurde die Geburt jedoch nicht erfasst, und im letzten Jahrzehnt haben sich die Fortschritte weltweit verlangsamt. In Afrika südlich der Sahara erfolgte eine Geburtenregistrierung bei nur 51 Prozent der unter 5-jährigen Kinder.

Zielvorgabe 16.10

143. 2024 war die Zahl der Tötungen von Personen, die die Menschenrechte verteidigten oder journalistisch oder gewerkschaftlich tätig waren, mit mindestens 502 gemeldeten Fällen in 44 Ländern nach wie vor alarmierend hoch, wenn auch etwas niedriger als 2023 mit 580 Fällen in 54 Ländern. Nach wie vor am tödlichsten für Journalistinnen und Journalisten waren Konfliktzonen mit 53 Tötungen beziehungsweise 65 Prozent, dem höchsten Anteil seit mehr als zehn Jahren.

144. Bis Ende 2024 hatten 139 Länder verfassungsmäßige, gesetzliche oder politische Rahmen für den öffentlichen Zugang zu Informationen beschlossen, während es 2015 noch 105 waren.

Zielvorgabe 16.a

145. Seit 2015 ist die Zahl der Länder mit nationalen Menschenrechtsinstitutionen, die die Standards der Vereinten Nationen vollständig einhalten, um 27 Prozent (von 70 auf 89 Länder) gestiegen, was einem Anteil von 55 Prozent der Weltbevölkerung entspricht.

Zielvorgabe 16.b

146. Neue Daten aus 119 Ländern lassen eine weltweite Zunahme von Diskriminierung erkennen. In den Ländern, in denen seit 2015 wiederholt Umfragen durchgeführt wurden, stieg der durchschnittliche Anteil der von Diskriminierung, gleichviel aus welchem Grund, betroffenen Menschen von 14,8 auf 17,1 Prozent. Weit verbreitet ist Diskriminierung bei Menschen mit Behinderungen (28 Prozent) und in den am wenigsten entwickelten Ländern (24 Prozent). Menschen in Städten, Frauen, Arme und Personen mit einem niedrigeren Bildungsstand werden im Vergleich zu ihren Mitmenschen stärker diskriminiert.

Ziel 17. Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

147. Bei der Erreichung von Ziel 17 gab es im vergangenen Jahrzehnt weltweit sowohl Fortschritte als auch anhaltende Herausforderungen. Zwar haben die Finanzströme in die Entwicklungsländer dank öffentlicher wie privater Geber zugenommen, doch werden die Volkswirtschaften mit niedrigem und mittlerem Einkommen nach wie vor durch Schuldendienstkosten belastet, die 2023 einen historischen Höchststand erreichten. Hinzu kommt eine jährliche Investitionslücke bei der Zielerreichung in den Entwicklungsländern in Höhe von 4 Billionen Dollar. Der Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie hat sich stetig ausgeweitet, auch wenn nach wie vor eine enorme digitale Kluft besteht, insbesondere in einkommensschwächeren Regionen. Trotz verbesserter Datensysteme und nationaler statistischer Kapazitäten fällt es vielen Ländern noch immer schwer, die für die vollständige Nachverfolgung und Verwirklichung der Ziele benötigten Mittel zu beschaffen, was den Fortschritt in wichtigen Bereichen verlangsamt. Für die Überwindung dieser Kluft und raschere Fortschritte bei dem Ziel sind eine verstärkte Unterstützung und eine erneuerte globale Zusammenarbeit unverzichtbar. Durch Initiativen wie den Stimulus für die Nachhaltigkeitsziele, den Gemeinsamen Fonds für die Ziele für nachhaltige Entwicklung, den Mechanismus zur Technologieförderung und den Rahmen globaler Indikatoren für die Ziele und Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung tragen die Vereinten Nationen dazu bei, Partnerschaften aufzubauen, um Finanzierungslücken zu schließen, den Zugang zu Wissenschaft, Innovation und Daten auszuweiten und die Entwicklungsländer – gemeinsam mit internationalen Finanzinstitutionen – dabei zu unterstützen, Kapital und Investitionen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu mobilisieren und in Bezug auf die Agenda 2030 rascher inklusive Fortschritte herbeizuführen.

Finanzierung**Zielvorgabe 17.1**

148. Nach Daten für 2023 aus etwa 130 Ländern machten die Staatseinnahmen weltweit ungefähr 33 Prozent des BIP aus. Im Durchschnitt lag die Gesamtsteuerbelastung beziehungsweise das Gesamtsteueraufkommen in den hochentwickelten Volkswirtschaften bei

25 Prozent und in den Schwellen- und Entwicklungsländern bei 18 Prozent des BIP und damit auf einem vergleichbaren Stand wie 2015.

149. Mit Stand von 2023 hatten sich die steuerfinanzierten Staatsausgaben regional stabilisiert und global einander angenähert. Zwischen 2015 und 2019 stieg das Steueraufkommen in den hochentwickelten Volkswirtschaften von 65 auf 66 Prozent und in den Schwellenländern von 60 auf 61 Prozent. Nachdem die Quote in beiden Länderkategorien 2020 pandemiebedingt zurückgegangen war, stieg sie erneut auf 62 beziehungsweise 61 Prozent, blieb jedoch unter dem Stand von vor der Pandemie.

Zielvorgabe 17.2.

150. 2024 sank die ODA der Länder, die dem Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung angehören, real um 7,1 Prozent auf 212,1 Milliarden Dollar (0,33 Prozent des kombinierten Bruttonationaleinkommens). Grund für diesen Rückgang, den ersten seit fünf Jahren, sind niedrigere Beiträge an internationale Organisationen, reduzierte Hilfen für die Ukraine und humanitäre Unterstützung sowie geringere Ausgaben für die Aufnahme von Flüchtlingen. Dennoch lag die ODA insgesamt um 23 Prozent über dem Volumen von 2019.

Zielvorgabe 17.3

151. 2023 beliefen sich die von 106 bilateralen und multilateralen Gebern gemeldeten finanziellen Mittel aus verschiedenen Quellen für die Entwicklungsländer auf 303 Milliarden Dollar (öffentliche Mittel) beziehungsweise 58,7 Milliarden Dollar (private Mittel). Bei allen Formen der Finanzierung ist seit 2019 ein Anstieg zu beobachten (205,9 Milliarden Dollar bei öffentlichen und 46,7 Milliarden Dollar bei privaten Mitteln), der bei den konzessionären Darlehen am höchsten ausfällt (77 Prozent).

152. Die weltweiten ausländischen Direktinvestitionen waren 2024 mit schätzungsweise 1,4 Billionen Dollar 11 Prozent höher als 2023, jedoch um 8 Prozent niedriger, wenn die Finanzströme durch europäische Conduit-Länder herausgerechnet werden. Die Zahl der zielbezogenen Investitionen ging 2024 um 11 Prozent zurück. Während in den Bereichen erneuerbare Energien, Gesundheit und Bildung Zuwächse zu verzeichnen sind, erhalten drei Sektoren – Infrastruktur, Agrar- und Nahrungsmittelsysteme sowie Wasser- und Sanitärversorgung – derzeit weniger internationale Mittel als 2015.

153. Die weltweiten Rücküberweisungen lagen 2023 bei 861 Milliarden Dollar und damit 3 Prozent über dem Wert von 2022. Die Rücküberweisungen in Niedrig- und Mitteleinkommensländer stiegen nach einem kräftigen Zuwachs um durchschnittlich 10 Prozent im Zweijahreszeitraum 2021–2022 langsamer, nämlich um 1,4 Prozent, auf 647 Milliarden Dollar. Der wahre Umfang der Rücküberweisungen, einschließlich der Ströme über informelle Kanäle, dürfte jedoch noch größer sein.

Zielvorgabe 17.4

154. 2023 kletterten die Kosten des von allen Niedrig- und Mitteleinkommensländern insgesamt geleisteten Schuldendienstes auf einen neuen Höchststand von 1,4 Billionen Dollar, bedingt durch die im Laufe der letzten zehn Jahre rasch wachsende Auslandsverschuldung, die höchsten Zinsen seit zwei Jahrzehnten und die Währungsabwertung. Die Tilgungszahlungen stiegen um 1 Prozent auf 950,9 Milliarden Dollar und die Zinszahlungen um 37,1 Prozent auf 405,3 Milliarden Dollar und damit in beiden Fällen auf ein Rekordhoch. Das Verhältnis von Gesamtschuldendienst zu Exporteinnahmen erhöhte sich um 1,6 Punkte auf 14,7 Prozent.

Zielvorgabe 17.5

155. 2024 betrieben 51 Länder Mechanismen für die Förderung von Direktinvestitionen im Ausland und 27 (gegenüber 23 im Jahr 2023) Programme speziell für Entwicklungsländer, einschließlich der am wenigsten entwickelten Länder.

Informations- und Kommunikationstechnologie

Zielvorgabe 17.6

156. Die Zahl der Festnetz-Breitbandanschlüsse je 100 Einwohner/-innen erhöhte sich zwischen 2015 und 2024 um jährlich 6,3 Prozent auf 20 je 100. In den Niedrigeinkommensländern ist die Anschlussdichte aufgrund hoher Preise und mangelnder Infrastruktur jedoch nach wie vor gering.

Zielvorgabe 17.8

157. 2024 nutzten 68 Prozent der Weltbevölkerung (5,5 Milliarden Personen) das Internet, während es 2023 noch 65 Prozent und 2015 40 Prozent waren. Dennoch haben 2,6 Milliarden Menschen noch immer kein Internet, und der allgemeine Zugang ist längst nicht verwirklicht.

Zielvorgabe 17.11

158. 2023 betrug der Anteil der Binnenentwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder an den weltweiten Warenexporten lediglich 1,1 Prozent, was einen moderaten Anstieg seit 2015 darstellt, jedoch weit unter der Zielvorgabe der Verdopplung ihres Anteils bis 2020 liegt.

Daten, Überwachung und Rechenschaft

Zielvorgabe 17.18.1

159. Die Erhebung von Daten zu den Nachhaltigkeitszielen wurde seit der Pandemie ausgeweitet. Der durchschnittliche Erfassungsgrad nach dem Open Data Inventory erhöhte sich zwischen 2022 und 2024 in allen Regionen deutlich und überschritt zum ersten Mal weltweit den Wert von 50, insbesondere dank Zuwächsen bei Wirtschafts- und Umweltdaten. Bei sozialen und demografischen Daten ist ein Rückstand festzustellen. Selbst in den entwickelten Ländern liegt die Durchschnittswertung nach dem Open Data Inventory bei nur 60 von 100 Punkten, was die dringende Notwendigkeit höherer Investitionen in die Dateninfrastruktur und -produktion in allen Ländern verdeutlicht.

160. Die Wertung für die Leistungsfähigkeit statistischer Systeme stieg zwischen 2016 und 2023 von 58,6 auf 69,7, wobei im Zeitraum von COVID-19 aufgrund der erhöhten Nachfrage nach zuverlässigen Daten deutliche Verbesserungen zu verzeichnen waren.

161. 2024 meldeten 159 Länder und Hoheitsgebiete eine Übereinstimmung ihrer nationalen statistischen Gesetzgebung mit den Grundprinzipien der amtlichen Statistik, ein Anstieg gegenüber 132 Ländern im Jahr 2019.

162. 2024 verfügten 137 Länder nach eigenen Angaben über einen in Umsetzung befindlichen nationalen statistischen Plan, der in 95 Ländern vollständig finanziert wurde, und zwar hauptsächlich aus staatlichen Quellen (103 Länder), gefolgt von Gebermitteln (35 Länder) und sonstigen Quellen (10 Länder). Viele Länder haben jedoch Schwierigkeiten bei der Sicherung einer nachhaltigen Finanzierung für Pläne zur Weiterentwicklung der Statistik, was ihre Fähigkeit zur Bewältigung des sich verändernden Datenbedarfs einschränkt.

Zielvorgabe 17.19

2022 wurden 875 Millionen Dollar für die Stärkung der statistischen Kapazitäten in den Entwicklungsländern bereitgestellt. Damit erhöhte sich dieser Betrag gegenüber 2021 um 2 Prozent, gegenüber 2015 jedoch um nahezu 50 Prozent. Neue Geber, darunter private Stiftungen und nicht dem Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit angehörende Länder, spielen eine immer größere Rolle.
